

Rechenschaft

2009 BIS 2011 IM BUNDESTAG MIT DR. KIRSTEN TACKMANN



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

INHALT

2009 BIS 2011 IM BUNDESTAG MIT DR. KIRSTEN TACKMANN.....	3
MEINE POLITIK.....	4
Geerdete Politik.....	4
Friedenspolitisch aktiv.....	4
Energiapolitisch aktiv.....	5
Agrarpolitik – eine europäische und nationale Herausforderung.....	6
Ohne Frauen ist kein Dorf zu machen.....	8
Lebendige Dörfer.....	9
MEINE ARBEIT IM BUNDESTAG.....	10
Der Bundestag, Ausschüsse und Gremien.....	10
Die Arbeit in der Fraktion.....	12
DIE ARBEIT IN MEINEM WAHLKREIS.....	14
LINKS wirkt.....	15
MEINE THEMEN IM BUNDESTAG.....	19
LINKE Agrarpolitik und ländliche Räume.....	19
LINKE Agro-Gentechnik.....	23
LINKE Waldpolitik.....	24
LINKE Frauen- und Gleichstellungspolitik.....	26
LINKE ENERGIEPOLITIK.....	29
LINKE FRIEDENSPOLITIK.....	30
Europa und die Linke.....	32
Rechtsextremismus und Zivilcourage.....	33
Havelländische Präventionstage – einzigartig in Brandenburg.....	36
BESUCH IM BUNDESTAG.....	37
Besuchergruppen.....	37
Praktikum im Bundestag.....	39
UNTERWEGS MIT DEM BUNDESTAG – TACKMANN ON TOUR.....	40
Die Landesgruppe der Bundesabgeordneten.....	
DIE LINKE auf Sommertour.....	40
Wege übers Land – Sommertour.....	41
AUSSICHTEN.....	44
OHNE SIE.....	45
DIE GLÄSERNE ABGEORDNETE.....	48
Abgeordnetenbezüge.....	48
Nebentätigkeiten.....	48
Diätenweitergaben und Spenden.....	49
PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN 17. WAHLPERIODE.....	53
ADRESSEN.....	54
IMPRESSUM.....	54
PREISRÄTSEL.....	55

2009 BIS 2011 IM BUNDESTAG MIT DR. KIRSTEN TACKMANN



Liebe Leserinnen und Leser,

Die Fraktion DIE LINKE arbeitet seit 2005 im Bundestag. Seitdem bin auch ich dabei und vertrete mit allen parlamentarischen Mitteln die Interessen meiner WählerInnen.

Die 17. Wahlperiode ist über dem Zenit. Erneut Zeit, Rechenschaft zur Zwischenbilanz abzulegen.

Als eine von sechs Abgeordneten der LINKEN für das Land Brandenburg sind mir die Anliegen meines Heimatbundeslandes und Heimatwahlkreises sehr wichtig. Meine fachpolitischen Schwerpunkte sind die Agrarpolitik und die ländlichen Räume. Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen bleiben mein politisches Anliegen. Wer in ländlichen Räumen lebt, braucht existenzsichernd bezahlte Arbeit, auch in der Landwirtschaft. Zur Lebensqualität gehören Kindergärten, Ärzte, öffentliche Verkehrsmittel und Freizeiteinrichtungen. Ebenso wichtig ist mir

die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Noch immer sind Frauen auf dem Land benachteiligt. Sie haben ein deutlich geringeres Einkommen und sie sind es meistens, die Defizite der ländlichen Infrastruktur für die Familie ausgleichen müssen. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Auch die Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide bleibt für mich wichtig. Nach erkämpftem Frieden in der Heide gilt es nun Zukunftsstrategien zu entwickeln, die Einkommen schaffen und wertvolle Naturräume erhalten – im Interesse der Region und gemeinsam mit den AkteurInnen vor Ort. Eine Herausforderung, die ich mit ganzer Kraft unterstütze.

Ich setze mich für eine friedliche, demokratische, sozial gerechte und ökologisch verantwortungsvolle Gesellschaft ein – und das liebsten mit Ihnen gemeinsam.

Kirsten Tackmann

MEINE POLITIK

Geerdete Politik

Nach Schule, Berufsausbildung und Veterinärmedizin-Studium in (Ost-)Berlin lebe ich seit 1987 mit meiner Familie (Mann Uwe, Sohn Janko, Tochter Nele) in Tornow, einem 60-Seelen-Dorf im Land Brandenburg, Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Gemeinde Wusterhausen/Dosse. Nachdem unser Airedale-Terrier Ilja 2010 mit 14 Jahren starb, lebt seit Ostern 2011 Mini-Australian Shepherd Sammy bei uns. In Tornow wurden unsere Kinder groß. Sie sind mittlerweile flügge,

© Christian Rehmer



aber kommen immer wieder gern nach Hause. In der Nähe, am Standort Wusterhausen des Friedrich-Loeffler-Instituts, habe ich bis zu meinem Einzug in den Bundestag im Jahr 2005 als wissenschaftliche Mitarbeiterin gearbeitet. Ich schätze die schönen Seiten, die das Leben in einem kleinen märkischen Dorf bietet, kenne aber auch die alltäglichen Schwierigkeiten der Menschen in solchen ländlichen Regionen. Eine meiner wichtigsten politischen Anliegen ist es, ein selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen Städten zu ermöglichen. Dazu gehören ein Existenz sicherndes Einkommen oder Rente ebenso wie eine bedarfsgerecht ausgebaute öffentliche Infrastruktur – von Kinderbetreuung über den Öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu medizinischer Versorgung. Dafür streite ich seit 2005 für DIE LINKE im Bundestag.

Friedenspolitisch aktiv

... bin ich in meinem Heimatwahlkreis und darüber hinaus. Seit vielen Jahren kämpfe ich für die friedliche Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide. Dass die Bundeswehr auf das gesamte Gelände verzichten musste, war ein wichtiger Sieg des friedlichen Wider-

standes. Unser Widerstand fußte auf dem demokratischen Engagement einer ganzen Region. Ein breites überparteiliches Bündnis hatte sich formiert, dessen Stärke darin bestand, dass es viele verschiedene Interessen bündelte. Friedenspolitisch, ökologisch oder auch wirtschaftlich motivierte MitstreiterInnen haben die Kyritz-Ruppiner Heide zum bundesweiten Hoffnungssymbol für eine lebendige Bürgerdemokratie gemacht.

Nun gilt es weiter für eine zivile Zukunft des Geländes zu streiten, und zwar gemeinsam mit den regionalen AkteurInnen im Interesse der Region in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. 4.000 Hektar der Kyritz-Ruppiner Heide wurden Ende 2011 in das Nationale Naturerbe (NNE) übernommen. Wichtige Voraussetzungen für den Naturschutz wurden damit geschaffen.

Widerstand gegen das Bombodrom, Kirsten Tackmann mit Benedikt Schirge, Bürgerinitiative „Freie Heide“, © Uwe Tackmann



Der Bund bleibt Gesamteigentümer. Das begrüße ich ausdrücklich. Um nun auch Gebiete dieser militärischen Hinterlassenschaften regional, z.B. für naturnahen Tourismus zu nutzen, müssen für die BesucherInnen sichere Wege angelegt werden.

Energiepolitisch aktiv

... bin ich ebenso im Wahlkreis und darüber hinaus. Die Atom-Debatte beschleunigte sich in der 17. Legislaturperiode rasant. Im Herbst 2010 protestierte ich gemeinsam mit tausenden Menschen gegen die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und gegen Atommülltransporte. Erst Recht, da die Koalition für die

Anti-Gorleben-Demo 2011, © Linksfraktion



Laufzeitverlängerung das demokratisch-parlamentarische Regelwerk außer Kraft setzte. Unter dem Eindruck der Nuklear-Katastrophe von Fukushima wurde die Koalition zur Kehrtwende gezwungen, die sie allerdings nur halbherzig umsetzte. Denn sie verankerte den Verzicht auf die energetische und militärische Atomkraft-Nutzung nicht im Grundgesetz wie von der LINKEN gefordert. Auch müsste der Ausstieg unverzüglich erfolgen. Den von der Koalition anvisierten späten Zeitpunkt zum Jahr 2022 sehe ich als ein schwarz-gelbes Zugeständnis an die vier Energieriesen RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW.

Parallel zum Atomausstiegsgesetz verschärfte die Bundesregierung das Tempo bei der Debatte um die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Eine ernsthafte parlamentarische

Proteste gegen Castor-Transport, 2009, © Linksfraktion



Beratung des Gesetzentwurfs verweigerte sie und peitschte das Gesetz trotz breiter Kritik aus Vereinen und Verbänden in unverantwortlicher Geschwindigkeit durch das Parlament.

Ich werde mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln weiter dafür streiten, dass der Atomausstieg konsequent, aber nicht zu Lasten der BürgerInnen oder auf Kosten der Erneuerbaren Energien erfolgt. Ich setze mich dafür ein, dass der Ausbau von Stromleitungen auf das wirklich notwendige Maß beschränkt wird und zumindest bei 110 kV-Leitungen als Erdverkabelung erfolgt.

Agrarpolitik – eine europäische und nationale Herausforderung

Als agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE liegt mir die Agrarpolitik natürlich besonders am Herzen. Sie füllt meinen Terminkalender, wenn ich im politischen Berlin bin, treibt mich aber ebenso im Wahlkreis und bundesweit um.

In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die europäische Agrarwirtschaft stark gewandelt. Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) wird sich nach 2013 noch einmal verändern. Die Diskussionen darum sind in ganz Europa bereits in vollem Gange. Meine Ziele sind die Stär-

kung der vor Ort verankerten, mit sozialer und ökologischer Verantwortung arbeitenden Landwirtschaftsbetriebe, Existenzsichernd bezahlte Arbeitsplätze und lebendige ländliche Räume.

Aber auch in manch anderer Hinsicht steht die Agrarpolitik auf dem Prüfstand: Tagtäglich geht Fläche für die landwirtschaftliche Nutzung verloren. Dazu kommt die sich verschärfende Konkurrenz zwischen Anbau von Nahrungsmitteln, Futtermitteln, Bioenergiepflanzen und nachwachsenden Rohstoffen. Das wirft neue soziale, ökologische und ethische Fragen auf. Großflächige Landnutzung steht oft in Spannung zur touristischen Nutzung und Naturschutzziele.

© Christian Rehmer



Landwirtschaft wird medial häufig nur in Krisensituationen wahrgenommen. Dazu gehören Skandale um Dioxin belastete Futtermittel und EHEC oder die Ignoranz der Politik gegenüber den neuen Globalisierungs-Gefahren, zum Beispiel schwer kontrollierbare globale Waren- und Personenströme und weit verzweigte Produktionsstrukturen. Die Politik muss vorsorgend Verantwortung tragen, um solche Risiken rechtzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Dazu werden eine wissenschaftliche Risikoforschung und ein Risikomanagement gebraucht, die als Frühwarnsystem funktionieren.

Auch die Agrarforschung steht vor globalen Herausforderungen. Die Fragen nach Ernährungssicherung, Klimawandel und Armutsbekämpfung gilt es zu beantworten. Dabei sollen die Ressourcen geschont und die Biodiversität bewahrt werden. Dem kann die Agrarforschung in Deutschland nicht gerecht werden – so wie ihr Mittel und Ressourcen zusammengestrichen wurden.

Die schwarz-gelbe Koalition hat die Veränderung der ostdeutschen Bodenbesitzverhältnisse weiter forciert – mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Agrarstruktur. 2010 machte die Bundesregierung den AlteigentümerInnen mit dem Zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetz ein Weihnachtsgeschenk der besonderen Art. Danach können nun AlteigentümerInnen, die keine Landwirtschaft betreiben, Boden zu einem Schnäppchenpreis erwerben. Und nicht nur sie, sondern auch ihre ErbInnen bis zum vierten Grad. Damit hebt die schwarz-gelbe Koalition

nicht nur Teile des Einigungsvertrages aus. Sie beschleunigt gleichzeitig das Bodenspekulations-Karussell, das gerade die eigenkapitalschwachen ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe existenziell gefährdet. Die Pacht- und Kaufpreise verteuerten sich von 2003 bis 2009 um 70 Prozent. Landwirtschaftlicher Boden und Agrarrohstoffe haben sich unterdessen auch weltweit zu einem begehrten Spekulationsobjekt entwickelt und gelten als das neue Gold.

Doch nicht nur Boden und Nahrungsmittel sind ungezügelt Profitstreben ausgesetzt. Immer wieder versuchen die VerfechterInnen der Agro-Gentechnik dieser Risikotechnologie die Tür zum Acker zu öffnen. Doch ich halte, wie 70 bis 80 Prozent der deutschen VerbraucherInnen, die gesundheitlichen, ökologi-

© Christian Rehmer



schon und agrarstrukturellen Risiken für nicht verantwortlich. Die Agro-Gentechnik gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft, die Imkerei und die Umwelt! Politische Aufmerksamkeit und kluge Argumentation müssen dagegen halten!

Ohne Frauen ist kein Dorf zu machen

Die Frauen- und Gleichstellungsfrage zieht sich von Anfang an durch meine politische Arbeit. Gerade in den ländlichen Regionen ist die Situation alarmierend. Von geschlechtergerechten Verhältnissen kann keine Rede sein! Zum Beispiel ist nur etwa jeder zehnte Bauernhof bundesweit in weiblicher Hand.

© Christian Rehmer



Wenn überhaupt sind es meist ostdeutsche und Ökobetriebe. Frauen auf dem Land bekommen 30 Prozent weniger Lohn als die Männer. Oft sind sie von Existenz sichernder Arbeit ausgeschlossen. In den ländlichen Regionen fehlen Ausbildungs- und Einkommensmöglichkeiten. Die öffentliche Infrastruktur zur Daseinsvorsorge wird weiter abgebaut. Diese Defizite müssen die Frauen oftmals mit Verzicht auf eigene Lebensperspektiven ausgleichen. Vor allem junge Frauen antworten auf diese fehlenden Perspektiven seit Jahren mit Abwanderung. Trotz dieser Situation ist die derzeitige Agrarförderungspolitik geschlechtsblind. Das muss sich ändern! Frauen müssen in die Entscheidungsgremien, damit geschlechtergerechte Förderprogramme aufgelegt und Frauen direkter Zugang zu den Fördertöpfen ermöglicht wird.

Ökohaus in Sieben Linden, © Christian Rehmer



Ich streite auch weiter für eine geschlechtergerechte Agrarförderungspolitik. Denn ohne Frauen ist kein Dorf zu machen.

Lebendige Dörfer

Die ländlichen Räume dünnen aus. Dörfer könnten aussterben. Das wirft für mich Fragen auf. Was setzt Dörfer in Bewegung? Wie wollen wir Dorfgemeinschaften stärken? Wie sehen lebendige Dörfer künftig aus. Müssen sie ihre Rolle gar neu erfinden? Diese Fragen stellen sich nicht nur mir. Im Mai 2011 nahm ich an der Ersten Internationalen Dorfkonferenz teil, die von der Vereinigung der Dorfbewegungen in Europa (Europaen Rural Community Association, ERCA,) in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wurde. 250 internationale TeilnehmerInnen stellten sich diesen Fragen und diskutierten Ideen und Lösungsansätze. Insbesondere die Erfahrungen der VertreterInnen von ERCA, die in 23 Ländern aktiv ist, waren gefragt. Diese Konferenz war der Anfang eines permanenten Austausches, der neue Ideen für die Prignitz und das Ruppiner Land bringen wird. Insbesondere die Stärkung der regionalen AkteurInnen über ein dörfliches Parlament auf Landes- oder Bundesebene halte ich für ein interessantes Instrument der Mitbestimmung. In Zeiten immer neuer Diskussionen über Gemeinde- oder Kreisstrukturen gewinnt diese Diskussion noch an Bedeutung zur Sicherung der Demokratie.

MEINE ARBEIT IM BUNDESTAG

Die Arbeit im Bundestag teilt sich in die Plenums-Sitzungswochen und die sitzungsfreie Zeit. In zirka 20 Sitzungswochen pro Jahr konzentriert sich meine Arbeit in Berlin. Neben regelmäßig wiederkehrenden Terminen und Themen wird es durch kurzfristig immer neue Termine und Themen nie langweilig. Im Gegenteil, oft scheinen sich die Ereignisse zu überschlagen und lassen einem kaum Zeit, Luft zu holen.

Das Gros der politischen Entscheidungen wird im Plenum gefällt, vorbereitet in Ausschüssen und anderen Gremien des Bundestages. Die Positionen der LINKEN werden in der Fraktion und ihren Arbeitskreisen entwickelt. Politische Mitbestimmung findet also vor allem über die Mitgliedschaft in Ausschüssen und Gremien des Bundestages und in der Fraktion statt.

Der Bundestag, Ausschüsse und Gremien

Arbeit in den Ausschüssen

Ich bin die zweite Wahlperiode **agrarpolitische Sprecherin meiner Fraktion** (als solche auch für Wald- und Fischereipolitik zuständig) und **ordentliches Mitglied im Ausschuss**

für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – auch gern Ausschuss für »Essen und Trinken« genannt. Ich war auch ein Jahr Obfrau der LINKEN in diesem Ausschuss. Darüber hinaus bin ich **stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss**.

Im November 2011 wurde ich als **Leiterin des Arbeitskreises I »Infrastruktur und Haushalt«** (insgesamt fünf Arbeitskreise) gewählt und habe deshalb die Funktion als Obfrau niedergelegt. Damit bin ich erneut, wie als frauenpolitische Sprecherin in der 16. Wahlperiode, **Mitglied des Fraktionsvorstands**.

Parlamentarisches Fragerecht:

Das parlamentarische Fragerecht ist ein wichtiges Instrument gerade der Oppositions- Abgeordneten, das ich sehr intensiv nutze. Jede/r Abgeordnete kann monatlich maximal vier schriftliche Fragen an die Bundesregierung richten, die binnen einer Woche beantwortet werden müssen.

Zusätzlich können die Abgeordneten bis Freitag vor der nächsten Sitzungswoche mündliche Fragen stellen, die am darauffolgenden Mittwoch in der Fragestunde im Parlament beantwortet werden.

Kleine Anfragen sind ein etwas umfangreicherer Fragenkatalog, mit dem Abgeordnete einer Fraktion von der Bundesregierung Auskunft zu einem bestimmten Thema verlangen. Kleine Anfragen müssen innerhalb von zwei Wochen beantwortet werden.

Im Bundestag beantragt und geredet

Die Gesetzgebung und das Regierungshandeln können die Fraktionen und über Gruppenanträge auch fraktionsübergreifend Abgeordnete mit eigenen Gesetzentwürfen bzw. Anträgen beeinflussen. Mit Anträgen fordern sie die Bundesregierung auf, dem Parlament über bestimmte Ereignisse oder Politikbereiche zu berichten, Positionen zu vertreten oder gesetzliche Regelungen zu schaffen. Mit Gesetzesentwürfen kommen konkrete Änderungsvorschläge von Fraktionen, Bundesregierung oder Bundesrat zu bestehenden oder neuen Gesetzen zur Abstimmung ins Plenum.

Die wichtigsten **Anträge, die unter meiner Haupt- oder Mitverantwortung erarbeitet wurden**, zielten auf:

- eine geschlechtergerechte Gestaltung der Agrarförderung
- einen Privatisierungsstopp bundeseigener land- und forstwirtschaftlicher Flächen und Seen
- die friedliche Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide und der Sicherung der Interessen der Region
- die Unterzeichnung und Finanzierung der Fortschreibung des Weltagrarberichts durch Deutschland, der Grundlage der

- Agrar- und Entwicklungspolitik werden muss
- die Ausrichtung der Agrarwissenschaften auf die höheren agrarpolitischen Anforderungen und auf die Aufforderung an die Bundesregierung
- Lehren aus dem Dioxin-Skandal zu ziehen und langfristig in wissenschaftliche Risikobewertung und -management zu investieren
- ein bundesweites Kormoranmanagement
- tiergerechte Haltung von Mast- und Zuchtkaninchen
- eine naturnahe Waldbewirtschaftung und
- die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013

© Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim Melde



Mit **25 Reden** zu verschiedenen Themen brachte ich für meine Fraktion Positionen in die Plenardebatten ein, in der Hauptsache zu Fragen der Agrarwirtschaft, zur Ablehnung der Agro-Gentechnik und von Biopatenten, zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und zur Bundeswaldstrategie 2020, zur Fischereipolitik und zu Glyphosat, zur friedlichen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide, zur geschlechtergerechten Agrarförderung und zur Entwicklung ländlicher Räume.

Internationale Zusammenarbeit

Das Zusammentreffen mit ParlamentarierInnen und RegierungsvertreterInnen anderer Länder erweitert den Blickwinkel und ist wichtig für meine politische Arbeit – im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ebenso wie in der deutsch-irischen und in der deutsch-australisch-neuseeländischen Parlamentariergruppe, in denen ich Mitglied bin.

Die Arbeit in der Fraktion

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat in der 17. Wahlperiode 76 Mitglieder (16. WP: 53). Die politische Arbeit ist thematisch aufgeteilt. Für alle besonders relevanten politischen Themen gibt es eine/n SprecherIn. In Arbeitsgruppen und Arbeitskrei-

sen bereiten die Abgeordneten, ihre MitarbeiterInnen und die FraktionsreferentInnen die politische Arbeit der Fraktion vor.

Als agrarpolitische Sprecherin bin ich gemeinsam mit drei Bundestagsabgeordneten sowie MitarbeiterInnen und ReferentInnen Mitglied der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unserer Fraktion. Als Obfrau übernahm ich längere Zeit die Verhandlung mit den anderen Fraktionen im Ausschuss. Die Arbeitsgruppe trifft sich jeden Montag in den Sitzungswochen um die anliegenden Themen zu besprechen und die Ausschuss-Sitzung vorzubereiten. Als Leiterin des Arbeitskreises I »Infrastruktur und Haushalt« koordiniere ich seit November 2011 gemeinsam mit dem Koordinator Georg Fehst

© DBTNowak-Katz



und dem Sachbearbeiter Michael Stadler des Arbeitskreises die Arbeit der einzelnen Arbeitsgruppen, leite die Arbeitskreis-Sitzungen und vertrete den Arbeitskreis im Fraktionsvorstand. Insgesamt hatte die Fraktion zunächst sieben und ab November 2011 fünf Arbeitskreise. Die meisten treffen sich in Sitzungswochen am Dienstagvormittag, um die parlamentarische Arbeit und die Fraktionsitzung am Nachmittag vorzubereiten.

Als agrarpolitische Sprecherin bin ich zudem auch die Verbindungsfrau der Fraktion zu den fachpolitischen Gremien der LINKEN, wie zur Arbeitsgemeinschaft Agrarpolitik und ländliche Räume des Parteivorstandes, den agrarpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen und zu vielen Vereinen, Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen aus der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Diese Verbindung zwischen parlamentarischer und politischer Arbeit außerhalb des Parlaments ist mir sehr wichtig.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat mit 42 Frauen von 76 (55,3 Prozent) den höchsten Frauenanteil aller Fraktionen im Bundestag. Sie ist auch die einzige Bundestagsfraktion mit einem Frauenplenum. Das Frauenplenum setzt sich ausschließlich aus den weiblichen Abgeordneten zusammen. Es hat besondere Rechte und eigene Haushaltsmittel. Mit seinem Initiativrecht kann es Themen selbst bestimmen und bearbeiten sowie der Fraktion parlamentarische Anträge vorlegen. So kann das Frauenplenum direkt Einfluss auf die Politik der Bundestagsfraktion nehmen

– frauenpolitischen Einfluss. Ein Vetorecht stellt sicher, dass die Frauen innerhalb von 24 Stunden Einspruch gegen Beschlüsse der Fraktionsversammlung einlegen können.

Auch wenn ich zu Beginn der 17. Wahlperiode nicht erneut als frauenpolitische Sprecherin kandidiert habe, liegt mir das Thema Frauen- und Gleichstellungspolitik weiter sehr am Herzen. Daher engagiere ich mich aktiv im Frauenplenum. Wichtige frauenpolitische Themen waren für mich bisher anonyme Adoptionen bzw. Babyklappen, Zwangsheirat, späte Schwangerschaftsabbrüche, Kinderarmut, Gewalt gegen Frauen, sozialgerechte Familienpolitik, Frauenaltersarmut und auch die spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen von Frauen in ländlichen Räumen sowie die geschlechtergerechte Agrarförderung.

Equal Pay Day Aktion 2010 am Brandenburger Tor, © Linksfraktion



DIE ARBEIT IN MEINEM WAHLKREIS

Meine Arbeit im Wahlkreis findet hauptsächlich in der sitzungsfreien Zeit des Bundestags statt. Sitzungsfrei heißt für mich selbstverständlich nicht arbeitsfrei. In monatlichen Sprechstunden lade ich zum persönlichen Gespräch ein – und zwar in allen sechs größeren Städten meines Heimatwahlkreises. Hier können sich BürgerInnen, KommunalpolitikerInnen oder VertreterInnen von Vereinen, Verbänden oder der regionalen Wirtschaft direkt informieren und sich mit ihren Fragen, Problemen, Vorschlägen und Anregungen an mich als Bundestagsabgeordnete wenden.

Sprechstunde unter freiem Himmel mit Hartmut Buschke und Thomas Domres, MdL (links), Perleberger Schuhmarkt 2010, © Sabine Ott



Diese Kontakte sind für meine politische Arbeit unabdingbar. Sie geben mir die Chance, mit den realen Problemen verbunden zu bleiben und so Politik im Interesse meiner Heimatregion zu machen.

Mein Heimatwahlkreis, der Bundestagswahlkreis 57, ist aufgrund der dünnen Besiedlung der flächenmäßig größte Wahlkreis der Bundesrepublik. Außer den Landkreisen Prignitz und Ostprignitz-Ruppin gehören auch die Ämter Rhinow und Friesack aus dem Landkreis Havelland dazu.

Mein Haupt-Wahlkreisbüro in Kyritz liegt fast genau in der Mitte des Wahlkreises und ist ein guter Ausgangspunkt für die regelmäßigen Kontakte zu den insgesamt 24 Städten, Gemeinden und Ämtern, in denen 198.479 (31.12.2009) EinwohnerInnen leben.

Das Interesse an meiner politischen Arbeit im Bundestag und außerhalb des Parlaments ist groß. Die BürgerInnen wollen wissen, was im Bundestag diskutiert und beschlossen wird, welche Positionen DIE LINKE und ich persönlich vertreten. Auf der anderen Seite interessiert es mich als Abgeordnete, welche Probleme die Menschen vor Ort bewegen. So werden die Sprechstunden

neben Zuschriften oder anderen Kontaktaufnahmen zur verlässlichen Informationsquelle im Wahlkreis. Für mich ist neben dem Meinungsaustausch zu politischen Tagesfragen wichtig zu erfahren, wie Entscheidungen des Bundestages bei den BürgerInnen, speziell in meinem Heimatwahlkreis wirken. Regelmäßig biete ich sie als Spätsprechstunden, im Sommer oft als Sprechstunden unter freiem Himmel und auch Extra-Sprechstunden in Dörfern an. Dabei dominierten Themen wie Armutslöhne, Armutsrenten und Hartz IV die Arbeit im Wahlkreis stark.

Welche Themen brennen den Leuten, die in Deine Wahlkreis-Sprechstunden kommen unter den Nägeln?

Es dominieren die sich zuspitzenden sozialen Probleme der Region. Menschen, die Hartz IV beziehen, berichten von Ungerechtigkeiten und davon, wie sie immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Doch auch Menschen, die für Niedrigstlöhne arbeiten oder nach einem Leben voller Arbeit von ihrer Rente nicht existieren können, kommen zu mir.

Und auch um die immer schwieriger werdenden Alltagsbedingungen geht es. Wenn das öffentliche Verkehrsnetz ausgedünnt wird oder ÄrztInnen in den Landkreisen fehlen, dann betrifft das alle, die in der Region leben.

LINKS wirkt

Die Folgen des Sozialabbaus, der unter Rot-Grün begann, unter Rot-Schwarz fortgesetzt und unter Schwarz-Gelb weiter verschärft wurde, bewegen nicht nur die BürgerInnen, sondern auch mich. Wann immer ich kann, äußere ich mich dazu öffentlich.

2011 begann ich die monatliche Arbeitsamtsstatistik im Wahlkreis richtig zu rechnen. Die offizielle Statistik verschweigt ganze Erwerbslosen-Gruppen. Und dies mit gesetzlichem Auftrag. Verschwiegen werden erwerbslose Menschen, die erkrankt sind oder in einer Weiterbildung, einen Ein-Euro-Job haben oder schlichtweg »zu alt« für die Statistik sind, nämlich über 58 Jahre.

Demo »Sparpaket stoppen. Mut zur Wut«, November 2010, © Linksfraktion



Diese Schönfärberei nehme ich nicht hin: Unter »Tackmann rechnet nach« kann man monatlich die richtig gerechnete Statistik auf meiner Webseite nachsehen. Ein halbes Jahr nach meinen regelmäßigen Veröffentlichungen übernahm die Agentur für Arbeit in Neuruppin diese fehlenden Erwerbslosen-Gruppen auch in ihre monatlichen Veröffentlichungen. Da zeigt es sich wieder: LINKS wirkt!

Agrarpolitik und sozialpolitische Themen spielen in der Wahlkreisarbeit der ländlich geprägten Region eine große Rolle. Ich bin in regelmäßigem Kontakt mit Agrarbetrieben oder kleinen und mittelständischen Betrieben, besuche BetriebsleiterInnen, GeschäftsführerInnen, BetriebsrätInnen und Beschäftigte.

Es gab agrarpolitische Veranstaltungen zu Themen wie Strukturwandel in der Landwirtschaft, die Veränderung der Europäischen Agrarförderpolitik, zur Bodenreform und zu Spekulationen mit landwirtschaftlichen Flächen. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg haben wir eine Diskussionsveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestag des Abschlusses der Genossenschaftsbildung in der ehemaligen DDR (»Sozialistischer Frühling«), eine Diskussion zur neuen Agrarpolitik in Kuba mit dem Botschafter Kubas in Deutschland und zur Entwicklung der Brandenburger Landwirtschaftsbetriebe in den vergangenen 20 Jahren organisiert. Allesamt gut besuchte Veranstaltungen mit interessanten Debatten.

© Trialon, Reiner Strutz



Mit Sorge beobachte ich die ruinöse, politisch beauftragte Bodenverkaufspolitik der Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH und die fortgesetzten Versuche, die Ergebnisse der Bodenreform zu revidieren. Damit wird der Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen Tür und Tor geöffnet. Eine der wichtigsten agrarpolitischen Fragen lautet für mich: Bleiben die regional verankerten Bewirtschafter oder wird nicht-landwirtschaftliches Kapital die Betriebe übernehmen?

Ein weiteres brisantes Thema ist die Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Die Neuordnung wird unmittelbare Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe und die Lebensbedingungen in den Dörfern und kleinen Städten in meiner Region haben. Das LINKE GAP-Konzept bindet die Mittelvergabe an soziale und ökologische Kriterien. Dem folgen die Vorschläge der EU-Kommission weitestgehend. Doch auch für die Entwicklung lebendiger ländlicher Räume müssen neue Wege gedacht und beschritten werden.

Andere nicht weniger brisante Themen im Wahlkreis betreffen die Kyritz-Ruppiner Heide, deren Zukunft auch weiterhin vom breiten Bündnis der regionalen AkteurInnen mitgestaltet werden sollte sowie die Zukunft der Belegschaft des Standorts Wusterhausen des Friedrich-Loeffler-Instituts und die Verbesse-

rung der öffentlichen Daseinsvorsorge inklusive der dafür notwendigen Infrastruktur.

Mein Kyritzer Wahlkreisbüro »Links-Eck« arbeitet eng mit den örtlichen Landtagsabgeordneten Thomas Domres, Dieter Groß und Christian Görke und den kommunalen Mandatsträgern der LINKEN zusammen. Vor allem zu den Büros Neuruppin und Perleberg gibt es sehr engen Kontakt. Aktionen wie die »Kaffeepause Fair«, in der wir fair produzierten und gehandelten Kaffee ausschenkten und auf die nicht immer fairen Produktionsbedingungen in den Erzeugerländern aufmerksam machten oder das »Lesen wider das Vergessen« führten wir gemeinsam durch.

Lesen wider das Vergessen in Kyritz 2010, © Hartmut Buschke



Kultur ist überlebenswichtig, auch wenn sie angesichts knapper Kassen schnell auf den Prüfstand gerät. Doch ist es wie immer eine Frage der gesellschaftlichen Wichtigkeit und der Mittelverteilung. Ich selbst verbinde gern Politik und Kultur. Die von mir initiierten jährlich stattfindenden Lesungen »Gegen das Vergessen«, mit dem alljährlich an die Bücherverbrennung durch die Faschisten im Jahr 1933 erinnert wird, und die Frauentagsmatineen haben mittlerweile Tradition und ein ebenso zahlreiches wie aufmerksames Publikum. Ich hatte Barbara Thalheim, Gisela Oechelhäuser, Gisela Steineckert, Helga Piur und Ursula Karusseit sowie Jörg Kokott zu Gast.

Frauentagsmatinee, März 2010 mit Helga Piur,
© Hartmut Buschke



Sprechstunde unter freiem Himmel mit Thomas Domres, MdL,
Perleberger Schuhmarkt 2010, © Sabine Ott



MEINE THEMEN IM BUNDESTAG

LINKE Agrarpolitik und ländliche Räume

Agrarpolitik muss soziale, ökologische und ökonomische Interessen berücksichtigen. Menschen brauchen Existenz sichernd bezahlte Arbeit und Zukunftsperspektiven – auch in der Landwirtschaft. Sie versorgen nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch die Menschen aus den Städten. Sie bieten Erholungsmöglichkeiten, leisten notwendige Landschaftspflege, halten Entsorgungsflächen bereit und erfüllen ökologische Regulationsfunktionen. Doch stecken viele ländliche Räume, vor allem in Ostdeutschland, in einer strukturellen Krise, die einhergeht mit hoher Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsrückgang und Überalterung. Angesichts knapper Kassen sind viele Landesregierungen nicht mehr in der Lage, den verfassungsmäßigen Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erfüllen.

DIE LINKE tritt auch in der Regierungsverantwortung in Brandenburg weiterhin für die landesweite Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und einen solidarischen Ausgleich zwischen den Regionen und von Stadt und Land ein. Unser Leitbild ist ein Brandenburg der Regionen.

Die europäische Agrarpolitik einschließlich der Förderbedingungen wird sich ab 2013 grundlegend ändern. Die EU-Agrarförderungen, immerhin der größte Posten im EU-Haushalt, sichert im Durchschnitt 30 Prozent der häufig geringen Einkommen in den Agrarbetrieben. Im Herbst 2011 stellte der EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos seine Vorschläge zur Diskussion. Ich denke, sie sind ein Schritt in die richtige Richtung. Im Übrigen stand so mancher von Ciolos Vorschlägen schon im LINKEN Agrarkonzept, das die Bundestagsfraktion im Mai 2010 beschlossen hat. Förderprämien wie die Direktzahlungen (I. Säule der Agrarförderung) sollen nun zielgenauer an ökologische und soziale Leistungen gebunden werden. Als eine sogenannte Umweltprämie werden 30 Prozent der Direktzahlungen an Umweltsleistungen gekoppelt (»greening«). Die Umwandlung des Dauergrünlandes (Wiesen, Weiden) in Ackerfläche soll verboten werden. Eine Kulturpflanze soll auf maximal 70 Prozent der Ackerfläche eines Betriebes angebaut werden. Wer diese Auflagen nicht erfüllt, verliert die Umweltprämie. Wer wiederholt dagegen verstößt, riskiert das gesamte Geld aus Brüssel. Als Teil der ökologischen Leistungen hatte DIE LINKE fünf bis zehn Prozent ökologische Vorrangflächen vorgeschlagen. Das können z.B. Blühstreifen

am Ackerrand, eine Baumreihe am Feldrain oder besondere Kleekulturen sein. Ciolos will alle Betriebe verpflichten, sieben Prozent ihrer Flächen so zu nutzen. Aber es gibt auch LINKE Kritik an Ciolos Vorschlägen. Nicht einverstanden sind wir mit der Reduzierung der pro Hektar gezahlten Gelder ab einer bestimmten Größe der Betriebe (Kappung und Degression). Das benachteiligt insbesondere Ostdeutschland. Wenn »öffentliches Geld für öffentliche Leistung« fließen soll, muss jeder nachhaltig bewirtschaftete Hektar gleich behandelt werden, weil auf ihm konkrete soziale und ökologische Leistungen erbracht werden. Gemildert werden die Folgen dieser Kappung und Degression allerdings bei vielen ostdeutschen Betrieben durch die Berücksichtigung der existierenden Arbeitsplätze, auch dies eine Forde-

© Christian Rehmer



rung aus dem LINKEN Konzept. Die Betriebe können die Lohnsumme und Sozialversicherungsleistungen so verrechnen, dass sie wenig oder nichts gekürzt bekommen.

DIE LINKE wird die nun anstehende Debattenzeit bis zum Herbst 2013 intensiv für Diskussionen mit den verschiedenen Interessengruppen vor Ort nutzen. Dabei unterstützen wir alle Vorschläge für eine sozial-ökologische Ausrichtung der Agrarförderung.

Mir ist darüber hinaus die konsequente Förderung von Frauen in der Agrarwirtschaft und in den ländlichen Räumen wichtig. Brüssel darf die Frauen nicht vergessen, sondern muss konkrete Mittel und Beteiligungsstrukturen für diese sichern.

Auch bei der Förderung der ländlichen Räume (II. Säule der Agrarförderung), die durch die Bundesländer kofinanziert wird, müssen angesichts knapper regionaler Kassen neue Wege bedacht werden. Niedrigere Kofinanzierungssätze für besonders förderwürdige Ziele (z.B. Klimaschutz oder Artenvielfalt) und eine bessere Vernetzung mit anderen Förderprogrammen sind ebenso wichtig wie revolvierende Fonds. Sie funktionieren ähnlich wie Mikrokredite und werden durch die Rückzahlung immer wieder aufgefüllt.

Auch die Gemeinsame Europäische Fischereipolitik wird sich ändern. Doch notwendige Fangreduzierungen dürfen nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. Diese Gefahr besteht in der Küstentischerei. Deshalb müssen alternative Einkommensmöglichkeiten her, die den Strukturwandel sozial abfedern.

Umwelt- und Fischereipolitik dürfen nirgendwo gegeneinander ausgespielt werden. Das gilt auch für das Problem des Kormorans. Seine Bestände haben sich in Europa so weit erholt, dass er heute Teichwirtschaften und regional auch die Artenvielfalt unter Wasser bedroht. Deshalb fordert DIE LINKE ein bundesweites und europäisch koordiniertes Kormoranmanagement – das heißt ein zwischen Naturschutz, Wissenschaft, Fischerei,

Angelsport, Bund und Ländern abgestimmtes, langfristiges und strategisches Vorgehen.

Die Agrarwissenschaft ist eine wesentliche Grundlage der Agrarwirtschaft und -politik. Und sie steht vor globalen Herausforderungen. Es gilt weltweit Fragen der Ernährungssicherung, des Klimawandels und der Armutsbekämpfung zu lösen, dabei die Ressourcen zu schonen und die biologische Vielfalt zu bewahren. Und es gilt die Agrarwissenschaft in der Bundesrepublik in die Lage zu versetzen, ihre Rolle als Systemwissenschaften mit gesellschaftlicher Schlüsselfunktion wahrzunehmen. Das dies endlich geschieht, dafür setze ich mich ein. Vehement. Mit allen mir zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln.

© Bianca Bodau



Was ist links am LINKEN GAP Konzept?

Es geht in Agrardiskussionen zu oft entweder nur um ökonomische oder nur um ökologische Interessen. Die Lebensbedingungen der Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten oder in den Dörfern und kleinen Städten leben, geraten dabei allzu schnell aus dem Blick. Für DIE LINKE gehört die soziale Situation ins Zentrum der Diskussion zur zukünftigen Agrarförderung. Dabei geht es um faire Löhne, aber auch um die Sicherung in der Region verwurzelter, mit sozialer und ökologischer Verantwortung wirtschaftender Agrarbetriebe. Die regionale Produktion von Nahrungsmitteln, Futtermitteln und Energie muss eine tragende Säule in den ländlichen Räumen bleiben. Wir wollen lebenswerte Dörfer und kleine Städte.

Boden und Agrarrohstoffe müssen vor Spekulation geschützt werden. Schwarz-Gelb hat in dieser Legislaturperiode nicht-landwirtschaftliche AlteigentümerInnen beim Kauf ehemals volkseigener Flächen bevorzugt. Die Koalition hat mit dem Zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetz die Tür für Bodenspekulationen geöffnet. Solche Entwicklungen kritisch zu benennen und über die konkreten Folgen solcher Gesetze aufzuklären, ist meine Aufgabe.

Die in einigen Regionen massiven Verluste von Bienenvölkern beunruhigt seit Jahren die Agrar- und Umweltpolitik. Ich unterstütze die Forderung der Umweltverbände nach einem unabhängigen Bienenmonitoring. Auch Aus- und Weiterbildung der ImkerInnen ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema. Die

mittlerweile ernsthaften Diskussionen in ImkerInnen-Kreisen zu einem »Bienenführerschein« möchte ich gern begleiten.

Ich arbeite intensiv in der Bundesarbeitsgemeinschaft »Agrarpolitik und ländliche Räume« mit. Besagte Arbeitsgemeinschaft ist eine LINKE Arbeitsgruppe, die sich mit agrarpolitischen Fragen und der Entwicklung ländlicher Räume beschäftigt. Darüber hinaus stimme ich mich eng mit den Landtagsfraktionen ab. Einmal im Vierteljahr treffen sich alle agrarpolitischen SprecherInnen und tauschen sich direkt über aktuelle Themen aus.

Seit 2008 ist DIE LINKE im Bundestag mit einem Stand auf der Grünen Woche in Berlin präsent. Die Grüne Woche ist eine gute

Grüne Woche 2011: »Wald.Wirtschaft.Wir«: Kirsten Tackmann mit Elmar Seizinger, FSC, © Bianca Bodau

Imkerdemo 2009



Gelegenheit, mit WählerInnen ins Gespräch zu kommen. Vereine und Verbände besuchen uns vor Ort zu interessanten Diskussionen oder einfach zur Kontaktpflege. Interessierte SympathisantInnen schauen, was wir uns dieses Jahr haben einfallen lassen. Neugierige bleiben stehen. 2010 war das Motto am Stand der LINKEN »Faire Preise für gute Milch«, 2011 »Wald.Wirtschaft.Wir« und 2012 die Verbraucherpolitik.

Seit 2010 beteilige ich mich an aktuellen sozial-ökologischen Debatten auf dem LINKEN Portal www.nachhaltig-links.de. Gemeinsam mit anderen Bundestagsabgeordneten unterstütze ich auch finanziell diese Homepage. »Nachhaltig Links« ist offen für alle, die sich für einen linken sozial-ökologischen Umbau der

Grüne Woche 2012: »Was is(s)t gesund?«, © Linksfraktion



Gesellschaft interessieren. Hier werden Fragen diskutiert und Informationen oder Meinungen ausgetauscht.

LINKE Agro-Gentechnik

Genau genommen gibt es keine LINKE Agro-Gentechnik, da DIE LINKE diese Technologie als Risikotechnologie ablehnt. Warum ist die Agro-Gentechnik eine Risikotechnologie? Weil die Segnungen, die sie vorgibt, weder belegt sind noch in einem verantwortbaren Verhältnis zu den gesundheitlichen und ökologischen Risiken stehen. Die Agro-Gentechnik verspricht, die Ernährungsprobleme zu lösen und dies weltweit. Sie gibt vor, die Eigenschaf-

Grüne Woche 2012 mit Gregor Gysi, © Linksfraktion



ten der Pflanzen zu verbessern, die Umwelt besser zu schützen, den Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Schaut man jedoch genauer hin, erfüllt sie keines der Versprechen. Stattdessen werden mit der Agrotechnik wenige reich und viele arm. An den patentierten transgenen Pflanzen verdienen in erster Linie die Saatgutkonzerne – und zwar sehr gut. Transgenes Saatgut ist teurer und darf auch nicht nachgebaut werden. Zudem fallen Lizenzgebühren an. Das führt zu Dauerabhängigkeit der LandwirtInnen, die dieses gentechnisch veränderte Saatgut verwenden. DIE LINKE ist für ein Verbot transgener Pflanzen! Gentechnisch veränderte Pflanzen können sich unkontrolliert auf Nachbarfeldern ausbreiten oder bei Transport, Verarbeitung und Handel konventionelles Erntegut verunreinigen. Das verursacht enorme volkswirtschaftliche Schäden. Da die gesundheitlichen Risiken nicht abschätzbar sind, muss die Agro-Gentechnik vom Acker bleiben.

LINKE Waldpolitik

Einunddreißig Prozent der Landesfläche der Bundesrepublik sind Wälder und Forsten. Im »Cluster Forst und Holz« sind beinahe 1,3 Millionen Menschen beschäftigt. Der »Cluster Forst und Holz« fasst Betriebe der Forst- und Holzwirtschaft zusammen. Dazu zählt die Holz produzierende oder verarbeitende Industrie wie

© Trialon, Reiner Strutz



zum Beispiel die Papierindustrie ebenso wie diverse Zulieferer und Unternehmen, die Holz oder Holzprodukte transportieren.

Der Wald bietet über die forstwirtschaftliche Nutzung hinaus vielfältige Möglichkeiten für Freizeit, Erholung, Tourismus und Bildung. Er erfüllt wichtige Gemeinwohlleistungen wie Klima-, Wasser-, Boden-, Arten- und Naturschutz. Seine nachhaltige Nutzung ist eine wichtige Grundlage für die ländliche Entwicklung. Die unterschiedlichsten Anforderungen werden an den Wald gestellt. Als grüne Lunge soll er der Erholung dienen und das Klima schützen. Naturnah soll er sich entwickeln, aber auch möglichst viel Holz produzieren, das zum Holzbau oder als Ersatz für Atom- und Kohlestrom eingesetzt wird. Gerade der Nutzungs-

© Christian Rehmer



druck durch die Holzindustrie ist groß. Dies alles politisch unter einen Hut zu bekommen, sind wir der nachfolgenden Generation schuldig. Für uns LINKE heißt das, dass das Bundeswaldgesetz dringend novelliert und die Waldstrategie 2020 der Bundesregierung sozial-ökologisch qualifiziert und umgesetzt werden muss. Dazu forderten wir die Bundesregierung im Mai 2010 in unserem Antrag »Bundeswaldgesetz ändern – Naturnahe Waldbewirtschaftung fördern« (17/1743) auf. Im Ergebnis wurde das Bundeswaldgesetz aus dem Jahre 1975 mini-novelliert. Das war ein viel zu kleiner Schritt, aber immerhin einer in die richtige Richtung. Zugleich beteiligten wir uns an dem intensiven Dialog zur »Waldstrategie 2020«, in den auch FörsterInnen, JägerInnen, die Holzwirtschaft und NaturschützerInnen eingebunden waren.

Im Waldhäuschen, Grüne Woche 2011, © Bianca Bodau



2011 legte die Bundesregierung ihre Waldstrategie vor. Und obwohl auch diese in die richtige Richtung weist, ist sie viel zu harmlos. Der Weg zur naturnahen Waldbewirtschaftung muss konsequenter beschritten werden – dafür streite ich. Der Schutz der natürlichen Ressourcen, die Bewahrung der Biodiversität und der Ausschluss von gentechnisch verändertem Saat- und Pflanzgut gehören ebenso dazu wie ausreichend und qualifiziertes Personal, das selbstverständlich Existenz sichernd entlohnt wird. Unsere Forderung nach einem Mindestlohn gilt auch im Wald! Auch eine strategische Partnerschaft zwischen WaldbesitzerInnen, LandwirtInnen, Jägerschaft und NaturschützerInnen ist vonnöten, da die Wilddichten so hoch sind, dass sich der Wald nicht auf natürliche Weise verjüngen kann.

© Linksfraktion



LINKE Frauen- und Gleichstellungspolitik

Frauen- und Gleichstellungspolitik ist und bleibt wesentlicher Bestandteil meiner Politik.

Die agrarpolitische Gretchenfrage

Die Frage der Geschlechtergerechtigkeit in der Agrarpolitik ist eine, die außer von der LINKEN von keiner anderen Bundestagsfraktion gestellt wurde.

Um die Situation zu analysieren, gab meine Fraktion in der 16. Wahlperiode zwei Studien in Auftrag. Die eine Studie erhob den Status Quo der sozialen Situation von Frauen in ländlichen Räumen. Die andere untersuchte, ob die europäischen und nationalen Fördermittel überhaupt geeignete Instrumente sind, Frauen in ländlichen Räumen zu fördern. Beide Studien kamen zu einem verheerenden Ergebnis: Sämtliche Förderinstrumente diskriminieren Frauen und nehmen ihnen Lebensperspektiven.

Im Vorfeld der Veränderungen der Europäischen Agrarpolitik griff ich das Thema erneut auf. Neben wiederholten parlamentarischen Anfragen zur Geschlechtergerechtigkeit nutzte ich die Grüne Woche 2011 für die Veranstaltung: »Geschlechtergerechte Agrarförderungspolitik – damit Brüssel die Frauen nicht vergisst!« Mehrere Frauen aus Landwirtschaft und aus ländlichem Raum und ein Vertreter des Landesbauernverbandes Brandenburg dis-

kutierten engagiert über gleichstellungspolitische Defizite. Die Kurzbroschüre »Gleichstellung im ländlichen Raum« und die LINKEN Thesen zur geschlechtergerechten Agrarförderung komplettierten das Ganze. Wenig später stellte die Linksfraktion den Antrag »Agrarförderung in Deutschland und Europa geschlechtergerecht gestalten« (17/5477) an den Bundestag.

Keine Duldung häuslicher Gewalt

Seit meinen ersten Tagen als Bundestagsabgeordnete kämpfe ich dafür, dass die Regierung ihrem Verfassungsauftrag nachkommt und für eine bundesweit einheitliche, bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser sorgt.

Was ist geschlechtergerechte Agrarförderung?

Agrarpolitik ist nach wie vor Politik von Männern für Männer. Dass muss sich ändern. DIE LINKE will, dass Frauen in den ländlichen Räumen mehr Lebensperspektive für sich selbst und für ihre Familien bekommen. Dazu gehören Existenz sichernde Einkommen und öffentliche Kinderbetreuung genauso wie bedarfsgerechte Angebote für Mobilität, Bildung, Kultur und Gesundheit. Damit Frauen ihre Interessen überhaupt wahrnehmen können, müssen sie mitbestimmen. Das heißt konkret, Frauen müssen in die Entscheidungsgremien, sie müssen gleichberechtigt Zugang zum Geld haben, Förderprogramme müssen auf ihre spezifische Situation zugeschnitten werden.

Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache von Verletzungen bei Frauen – und zwar weltweit. In Deutschland suchen jährlich zirka 40.000 Frauen und Kinder Schutz in Frauenhäusern. Doch sind die Schutzeinrichtungen in den Bundesländern sehr unterschiedlich erreichbar. Trotzdem fühlt sich die Bundesregierung nicht zuständig. Sie überlässt die Finanzierung von Frauenhäusern allein den Ländern und Kommunen. So ignoriert sie den Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen, der doch gerade für Frauen in Not gelten muss. Nebenbei missachtet sie die UN-Menschenrechtskonventionen und das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW). Das alles stinkt zum Himmel und ist nicht zu akzeptieren. Der Schutz der Gewaltopfer muss höchste Priorität haben! Eine sichere Zuflucht vor häuslicher Gewalt muss für jede Frau erreichbar sein, unabhängig vom Einkommen, Aufenthaltsstatus oder Wohnort!

Um die Bundesregierung endlich zum Handeln zu bewegen, initiierte DIE LINKE im November 2008 mit einem Antrag zur Verbesserung der Finanzierung der Frauenhäuser eine Anhörung zur finanziellen Situation der Frauenhäuser im Bundestag. Es war die allererste Anhörung zu diesem Thema – und das nach 30 Jahren Frauenhausbewegung in den alten Bundesländern! Ein Jahr später, in der 17. Wahlperiode stellten wir den Antrag »Bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenhäusern sicherstellen« (Drucksache 17/243).

Und wir geben nicht auf: Mit regelmäßigen parlamentarischen Fragen sorgen wir dafür, dass das Thema in der Debatte bleibt. Mit Protesten wie der jährlichen Fahnenaktion von TERRES DES FEMMES zum »Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen« laufen wir öffentlich Sturm gegen häusliche Gewalt und die unhaltbare Situation in den Frauenhäusern.

In Brandenburg arbeiten 17 Frauenhäuser und fünf Frauenschutzwohnungen, die jährlich um die 600 Frauen und 500 Kinder aufnehmen. Aber auch externe, nachsorgende oder proaktive Beratungsangebote existieren. Pro-aktiv heißt, dass die Polizei während eines Einsatzes die betroffenen Frauen über

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen, 2011,
© Linksfraktion



Beratungsstellen und Frauenhäuser informiert. Um die 3.000 Frauen nehmen diese Beratungsangebote jährlich in Anspruch. Ich habe mehrfach auch persönlich die Arbeit der Schutzeinrichtungen finanziell unterstützt.

Um die Frauenhäuser konkret zu unterstützen, spende ich regelmäßig einen Teil meiner Diätenerhöhung an Frauenhäuser in meinem Heimatwahlkreis, darunter jedes Jahr an das Neuruppiner Frauenhaus für einen Sommerausflug. Zu meinem 50. Geburtstag bat ich die GratulantInnen, statt eines Geschenkes um eine Spende für diese Frauenhäuser. 2.284 Euro kamen zusammen, die ich in Neuruppin und Wittenberge mit Freude übergab.

Diätenweitergabe an »Neuruppiner Frauen für Frauen e.V.«,
November 2011, © Hartmut Buschke



LINKE ENERGIEPOLITIK

Nach Fukushima vollzog Schwarz-Gelb einen Rückwärtssalto und beschloss bis 2022 aus dem Atomstrom auszusteigen. Damit rücken die Erneuerbaren Energien in den Vordergrund – auch auf Bundesebene. Doch statt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf soliden Boden zu stellen, peitschte die Bundesregierung die EEG-Novelle wider aller Vernunft noch vor der Sommerpause 2011 durchs Parlament. Damit zog sie sich nicht nur den Unmut der Opposition und vieler Verbände zu, sondern bekam Ärger in den eigenen Reihen.

© Christian Rehmer



DIE LINKE setzt bei Erneuerbaren Energien auf einen dezentral und verbrauchsnahe erzeugten Mix aus Kraft-Wärme-Kopplung, Energie aus Biomasse, Wind- und Solarenergie. Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist weiter auf Förderung angewiesen. Für Strom aus Erneuerbaren Energien sollte eine angemessene Vergütung bei der Einspeisung ins Netz beibehalten werden. Die Akzeptanz der verschiedenen Formen erneuerbarer Energie kann verbessert werden, wenn die betroffenen Regionen früher an den strategischen Planungen und stärker an der Wertschöpfung beteiligt werden.

Nachhaltig erzeugte erneuerbare Energie muss perspektivisch attraktiver als konventionell erzeugte werden. Dazu brauchen wir ein Kohleausstiegsgesetz.

Die Energiewende muss sozial ausgestaltet werden. Die Sicherung der Stromversorgung zu bezahlbaren Preisen gehört zur Daseinsvorsorge. Dazu wird eine staatliche Preisaufsicht im Interesse der VerbraucherInnen gebraucht. Die Energieversorger müssen zu Sozialtarifen für einkommensschwache Haushalte verpflichtet werden.

Neben der Auseinandersetzung mit dem EEG habe ich mich parlamentarisch für ein bundesweites CCS-Speicherverbotsgesetz engagiert. Ebenso habe ich für eine gesetzliche Verankerung

des Vorrangs der Erdverkabelung als Alternative zu den Freileitungen gestritten. Beides bewegt die Menschen seit Längerem in meinem Heimatwahlkreis und ich bin und bleibe verlässlich an ihrer Seite.

Auch in die wichtige Debatte zum Biogas als regionale Energiequelle schalte ich mich im Wahlkreis ein. Biogas kann und muss aus meiner Sicht einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Aber es muss nachhaltig, standortverträglich und in der Hand der Landwirtschaft erzeugt werden. Der Maisanbauanteil muss regional begrenzt, in eine sinnvolle Fruchtfolge und ein der guten fachlichen Praxis entsprechendes Landnutzungskonzept eingeordnet werden und Grünland dafür nicht als Acker umgenutzt werden. Die Größe und regionale Dichte der Biogasanlagen sollten die Priorität der Lebens- und Futtermittelproduktion in den Regionen nicht in Frage stellen. Eine Größe über zwei Megawatt halte ich nach diesen Kriterien selbst bei den größeren Betriebsstrukturen Ostdeutschlands nicht für sinnvoll. Gülle- und Kraft-Wärme-Kopplung mit einer Nahwärmenutzung sollten selbstverständlich sein.

LINKE FRIEDENSPOLITIK

Als einzige Bundestagsfraktion stimmte meine Fraktion von Anfang an geschlossen gegen die Afghanistaneinsätze und damit im Sinne der Bevölkerungsmehrheit, denn diese lehnt die Einsätze ab.

In der aktuellen Legislaturperiode brachte DIE LINKE über 40 Entschließungsanträge und Anträge ein, die sich mit Frieden, Abrüstung und einem friedlichem Völkerrecht befassen. Die soziale, wirtschaftliche und humanitäre Situation in Afghanistan ist nach nunmehr zehn Jahren NATO-Intervention katastrophal. Statt Wiederaufbau setzen NATO und die EU weiter auf Militarisierung und Eskalation. Die Beteiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz der Vereinten Nationen ist zu einem Kriegseinsatz geworden. Opfer ist die afghanische Bevölkerung. DIE LINKE forderte die Bundesregierung auf, das ISAF-Mandat zum Einsatz der Bundeswehr nicht zu verlängern und die Truppen sofort abzuziehen und nicht erst 2014. Ebenso die deutschen BundespolizistInnen, die den Kriegseinsatz flankieren und die Polizeiarbeit militarisieren. Den Einsatz von Tornado- und AWACS-Flugzeugen lehnen wir ab. Wir fordern, die Militärausgaben für den Afghanistaneinsatz für friedenspolitische und zivile Maßnahmen umzuwidmen. Wir werden auch weiterhin keiner militärischen Unterstützung zustimmen, weder in Afghanistan, noch sonst in der Welt. Das erklärte Ziel muss es sein, die zivilgesellschaft-

lichen Kräfte vor Ort zu unterstützen, die sich für Demokratie, Frieden und die Gleichberechtigung der Frauen einsetzen.

DIE LINKE lehnt jede Form von Kriegseinsatz und Rüstungsexporten ab. Sie beantragte die Kriegswaffen- und Rüstungsgüterexporte nach Tunesien, Ägypten, Syrien, Libyen und andere arabische Staaten sofort und endgültig zu stoppen. Ebenso die Überwachung des libyschen Luftraumes durch AWACS-Luftfahrzeuge. Zugleich forderten wir Deutschland als Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf, für eine friedliche, gewaltfreie Lösung des Libyen-Konfliktes eintreten.

Ich sage ganz klar, Krieg löst keine gesellschaftlichen Konflikte – zu keiner Zeit und an keinem Ort dieser Welt.

Aktion Schilder der getöteten afghanischen Zivilisten, Plenum März 2011, © Linksfraktion



Kyritz-Ruppiner Heide

Am 21. April 2010 gab die Bundeswehr bekannt, dass sie nicht nur auf das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide verzichtet, sondern das Gelände komplett an die zivile Verwaltung des Bundes übergibt. Ein Sieg bürgerschaftlichen Engagements. Und ein Symbol für den erfolgreichen friedlichen Widerstand, in dem verschiedenste Interessen zusammenlaufen und in einem breiten überparteilichen Bündnis eine durchsetzungsstarke Kraft entwickeln. Die Bürgerinitiativen »Freie Heide« und »Freier Himmel« waren neben »Pro Heide« und vielen anderen Initiativen Motor dieses Widerstandes. DIE LINKE war immer an ihrer Seite. Wir haben gemeinsam gekämpft, auch wenn unsere Ziele nicht immer vollständig mit jeder und jedem im Bündnis identisch waren. Als LINKE war ich konsequent gegen Kriegsübungen, gegen Naturzerstörungen und gegen die Blockade der regionalen Wirtschaftspotenziale. Neben meinem bürgerschaftlichen Engagement nutzte ich als Bundestagsabgeordnete auch immer parlamentarische Mittel, um die Interessen der Menschen der Region konsequent zu unterstützen. Fast 20 Jahre lang hat die Bundeswehr versucht, eine Nutzung des Geländes als Bombodrom gegen eine übergroße demokratische Mehrheit in der Region und mit rechtsstaatswidrigen Mitteln zu erzwingen, wie in dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg festgestellt wird. Am Ende war es die Hartnäckigkeit des politischen und juristischen Widerstands, die zum Erfolg geführt hat.

Nun gilt es erneut, die verschiedenen Ansprüche zu bündeln und die zivile Zukunft für die Heide im Interesse der Region zu gestalten. Die Heide sollte für Einheimische und TouristInnen erlebbar sein. Naturschutz und naturnaher Tourismus sollten Vorrang vor anderen wirtschaftlichen Interessen haben. Die Ende 2011 beschlossene Übernahme von 4.000 Hektar der Heide ins Nationale Naturerbe (NNE) kann zum Motor für die Regionalentwicklung werden, wenn mit der Sielmann-Stiftung, die die NNE-Fläche bewirtschaftet, ein vor Ort gemeinsam getragenes Entwicklungskonzept gelingt.

Um zu schauen, welche Nutzungskonzepte für die Heide denkbar sind, hat die Bundestagsfraktion schon früh die Erarbeitung

einer Broschüre »Kyritz-Ruppiner Heide natürlich entwickeln« in Auftrag gegeben. Die Studie trägt naturschutzfachliche, -rechtliche und -politische Argumente für eine zivile Entwicklung der Heide zusammen. Sie ist in meinem Wahlkreisbüro in Kyritz erhältlich bzw. auf www.kirsten-tackmann.de herunterzuladen.

Europa und die Linke

Die sich im Laufe der Wahlperiode weiter zuspitzende Finanzmarktkrise wurde immer deutlicher zur gesellschaftlichen Krise. Statt die Ursachen zu bekämpfen, zum Beispiel durch eine gerechte Steuerpolitik einschließlich Finanztransaktionssteuer

Feierliche Seebestattung des Bombodroms, 1. Mai 2010, Mirower See



Was ist die wichtigste politische Erfahrung für dich nach 20 Jahren Kampf gegen das Bombodrom?

Das Bombodrom ist von einem breiten BürgerInnen-Bündnis in der Region verhindert worden. Jetzt muss auch die Mitbestimmung der Region bei der Planung der friedlichen Zukunft gesichert werden. Das Gelände muss im öffentlichen Eigentum bleiben und soll nach einem nachhaltigen Gesamtkonzept im Interesse der Region entwickelt werden. Aus meiner Sicht sind eine naturnahe touristische Nutzung und Naturschutz die wichtigsten Entwicklungsziele. Als Beitrag zum Ausbau erneuerbarer Energien sehe ich vor allem die Holznutzung.

oder durch Maßnahmen gegen Spekulationen gegen Währungen, Volkswirtschaften und Nahrungsmittel, lassen die herrschenden politischen Eliten die Völker die Zeche zahlen. Sie spielen sie gegeneinander aus und versuchen bei dieser Gelegenheit gleich noch das europäische Sozialstaatsmodell zu entsorgen. Nur dazu dient die Behauptung, die Ursache der Krise wären überschuldete öffentliche Haushalte. Aber nicht die GriechInnen, IrInnen, PortugiesInnen haben römisch-dekadent gelebt und die öffentlichen Schulden sind Teil der massiven Umverteilung von unten nach oben in den vergangenen 10 Jahren. Deshalb kann die Lösung nur im solidarischen Kampf der Völker liegen gegen die wirkliche Krisen-Ursache: dem unsozialen System namens Kapitalismus.

Rechtsextremismus und Zivilcourage

Nicht nur seit der Entdeckung der sogenannten »Zwickauer Terrorzelle«, die im Untergrund agierte und für die Ermordung von mindestens zehn Menschen verantwortlich gemacht wird, ist klar, dass rechtsextreme Straf- und Gewalttaten keine Einzelphänomene sind. Seit Jahrzehnten werden Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer politischen Gesinnung angegriffen, verletzt, getötet und ermordet. Ebenso klar ist, dass Rechtsextremismus kein Problem am Rande der Gesellschaft und auch kein Jugendproblem ist, sondern aus der gesellschaftlichen Mitte kommt. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Er muss an der Wurzel bekämpft werden.

Preisübergabe an die GewinnerInnen »Zivilcourage vereint«, SchülerInnen der Immanuel Kant Gesamtschule Falkensee, 2009 für Landkarte »Stationen des Widerstandskämpfers Erhard Stenzel«, © Frau Sattler



Deshalb beteiligte ich mich gemeinsam mit KollegInnen der Brandenburger Landesgruppe auch in dieser Wahlperiode an dem von Dr. Gesine Löttsch, Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE, initiierten antifaschistischen Jugendwettbewerb »Zivilcourage vereint«. Der Wettbewerb findet alljährlich statt und fördert die individuelle Auseinandersetzung von Jugendlichen mit dem Thema Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Die GewinnerInnen 2010 waren die InitiatorInnen der CD »HavelSound«, die mit Hilfe des Jugendfördervereins Mikado e.V. Musik gegen Rechts mit havelländischen KünstlerInnen aufnahmen und ein Konzert mit den Künstlern organisierten. Ihr Preis war eine Studienreise nach Kroatien.

© Tobias Bank



Deshalb beteilige ich mich an Aktionen und Demonstrationen gegen Neonazis. Zum Beispiel »Neuruppin bleibt bunt«: Unter diesem Motto bildete sich ein Aktionsbündnis, um sich den Neonazi-Aufmärschen in Neuruppin entgegen zu stellen. Ich unterstützte die Aufrufe des Bündnisses und nahm persönlich an den Demonstrationen gegen die Neonazi-Aufmärsche teil. Im Juli 2011 konnten wir die Nazi-Demo erfolgreich aufhalten, was uns im September leider nicht gelang. Da kesselte die Polizei mehrere hundert AntifaschistInnen, die gegen den braunen Sumpf friedlich demonstrierten, über mehrere Stunden ein. Zu guter Letzt ließ sie den Nazi-Aufmarsch auch noch dicht an den Eingekesselten vorbeilaufen. Dieser Polizeieinsatz hatte ein kritisches parlamentarisches Nachspiel, weil gerade eine rot-rote Mehrheit im Landtag keine Kriminalisierung von AntifaschistInnen zulassen kann. Und wir werden auch nicht aufhören, wachsam zu sein. Wir leisten gegen NPD-Parteitage in Neuruppin ebenso konsequent Widerstand wie gegen braune Aufmärsche.

Ich werde auch weiter alles zur Stärkung der demokratischen Kräfte beitragen – überall in Brandenburg und der Bundesrepublik.

Deshalb bekenne ich mich ganz klar zum Neuruppiner Jugendzentrum »Mittendrin« und seiner antifaschistischen Arbeit. Der Verfassungsschutz hatte versucht das Projekt in die linksextremistische Ecke zu drängen und damit seine Existenz gefährdet.

Das konnten wir gemeinsam verhindern. Ich unterstützte im Sommer 2011 das Internationale Workcamp des »Mittendrin« in Ravensbrück mit einer Diätenweitergabe. In dem Workcamp

trafen sich 60 Jugendliche, Antifaschisten und Überlebende der Konzentrationslager und Todesmärsche und deren Kindern. Umso empörender sind die Berichte, dass eben jener Verfassungsschutz versucht hatte, V-Leute unter den Besuchern des Jugendzentrums zu werben. Zentren wie das »Mittendrin« sind für unsere Demokratie unverzichtbar – nicht nur mit ihrer wichtigen Erinnerungsarbeit, sondern auch weil sie im Alltag rassistischen und rechten Gedanken und Taten Paroli bieten!

Aktionsbündnis Neuruppin, © Christoph Löffler



Was heißt für dich Zivilcourage?

Zivilcourage heißt für mich, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auch im Alltag entschieden aufzutreten. Gemeinsam Widerstand mit DemokratInnen gegen Naziaufmärsche zu leisten, gehört für mich unbedingt dazu. Natürlich müssen solche Aktionen friedlich sein. Aber ich werde mich auch weiter an Aktionen des zivilen Ungehorsams als Zeichen gegen faschistisches Gedankengut beteiligen. Und ich werde auch weiter antifaschistische Jugendprojekte verteidigen, wenn sie in das Visier des Verfassungsschutzes geraten. Die so genannte Extremismusklausel der Bundesregierung lehne ich als Gesinnungsschnüffelei ab.

Havelländische Präventionstage – einzigartig in Brandenburg

Seit 2006 unterstütze ich die Havelländischen Präventionstage. Jedes Jahr klären wir an fünf Schulen SchülerInnen über Drogen- und Alkoholkonsum, Gewalt und Rechtsextremismus auf und darüber, wie eine parlamentarische Demokratie funktioniert. Zugleich informieren wir sie, welche Ausbildungsmöglichkeiten es im Bundestag und unserer Fraktion gibt. Die Aufklärung in punkto Faschismus ist mir besonders wichtig. Verschiedenste Aufklärungsmaterialien sollen SchülerInnen aber auch LehrerInnen helfen, rassistisches Verhalten zu erkennen. Der Film »Patrick« von Rio Schulz und Daniel Bank – Gewinner des Wettbewerbes »Zivilcourage vereint« 2008 – erklärt verschiedene Arten von Rechtsextremismus und zeigt, was hinter den Parolen der rechtsextremen Parteien steckt. Denn diese kommen oft in harmloser Sprache daher. Nur bestimmte Signalworte wie »Freiheit« oder »Ordnung« oder auch nur »Deutsche« zeigen, worauf die Parolen wirklich zielen, nämlich auf ein rassistisch motiviertes Ausgrenzen von anderen Menschen.

Einen Höhepunkt der Präventionsarbeit bildete in der 17. Wahlperiode ein Tag, an dem wir zeitgleich zwei Gesprächsrunden organisierten. In der einen Runde trafen sich drogenabhängige Jugendliche der Fazenda Gut Neuhof bei Nauen mit PolizistIn-

nen der Führungsspitze des Schutzbereichs Havelland. In der anderen sprachen jene PolizistInnen mit AussteigerInnen aus der rechtsextremen Szene. Ich verbinde mit solchen Treffen die Hoffnung, dass wer schon einmal friedlich an einem Tisch gesessen hat, auch auf der Straße anders miteinander umgeht. Der Bundestag schien mir der geeignete Ort für eine solche Begegnung. Die Jugendlichen konnten erleben, dass auch PolizistInnen Menschen sind. Die PolizistInnen wiederum erfuhren etwas von den teilweise nicht einfachen Biografien der Jugendlichen.

Präventionstage 2010 mit Anke Bienenwald von MIKADO e.V.,
© Bianca Bodau



BESUCH IM BUNDESTAG

Besucherguppen

Der regelmäßige Kontakt mit Besuchergruppen im Bundestag ist mir sehr wichtig. Da ich vom Volk gewählt und bezahlt werde, hat jede Bürgerin und jeder Bürger auch das Recht, mich auf meiner Arbeitsstelle zu besuchen. Zirka 600 BürgerInnen besuchen mich jährlich in Berlin. Mein Büro versucht die jeweiligen Wünsche der Gäste zu erfüllen. Die verschiedenen Programme versuchen dem unterschiedlichen Alter der Besucher gerecht zu werden. Denn die Interessen der Erwachsenen sind anders als die der SchülerInnen. Die Gäste besichtigen das Reichstagsgebäude mit der imposanten Reichstagskuppel, hören einen Vortrag oder nehmen an einer Plenardebatte teil. Ich erzähle von meiner Arbeit und davon, wie das Parlament funktioniert, beantworte Fragen oder diskutiere interessante Themen. So eine Führung kann schon mal bis zu dreieinhalb Stunden dauern.

Mehrmals im Jahr lade ich gezielt verschiedene Berufsgruppen in den Bundestag ein, um mit ihnen über ihre spezifischen Probleme und Forderungen zu diskutieren. So traf ich mich u.a. mit LehrerInnen, Versicherungsangestellten, PolizistInnen und KrankenpflegerInnen. Einige ihrer Probleme kann ich aufgrei-

fen und an die verantwortlichen Stellen weiterleiten oder für parlamentarische Anfragen nutzen. Und auch bei Länderverantwortlichkeit kann ich zumindest vermitteln.

Dreimal im Jahr biete ich zusammen mit dem Bundespresseamt eine zweitägige Fahrt nach Berlin an. Traditionell organisieren wir diese Fahrten parallel zur Internationalen Grünen Woche (IGW) im Januar vor allem für sozial Benachteiligte, zum Internationalen Frauentag im März für Frauen und im September für JungwählerInnen.

© Bundestag





© Bundestag



© Bundestag



Praktikum im Bundestag

Für mich ist es wichtig, jungen Leuten die Gelegenheit zu geben, die Arbeit im Bundestag kennenzulernen. Im Praktikum erhalten die PraktikantInnen bestimmte Aufgaben. Sie können überall ihre Nase hineinstecken. Einmischen ist ausdrücklich erwünscht.

2010 absolvierte Julia Kruspe im Bundestag ein dreiwöchiges Schülerpraktikum. Im selben Jahr kam Nicola Dzedzinski

als Studentin der Wirtschaftswissenschaften für sechs Monate zu uns und 2011 nahmen wir die Unternehmensberaterin Janet Meinke in unsere Mitte, die uns als Wirtschaftsjurorin im Rahmen des Programms »Know how Transfer« eine Woche über die Schulter schaute.

Die Erfahrungsberichte der drei Praktikantinnen können Sie auf meiner Homepage www.kirsten-tackmann.de nachlesen.

UNTERWEGS MIT DEM BUNDESTAG – TACKMANN ON TOUR

Die Landesgruppe der Bundesabgeordneten DIE LINKE auf Sommertour

Die Brandenburger Landesgruppe wird im Bundestag durch Dr. Dagmar Enkelmann, Thomas Nord, Diana Golze, Sabine Stüber, Wolfgang Neskovic und mich vertreten. Sprecher der Landesgruppe ist Thomas Nord.

2010 Wiesengold Landei in Berlinchen, mit Gerd Boogmann,
© Hartmut Buschke



In der Parlamentarischen Sommerpause geht die Landesgruppe der Brandenburger LINKEN im Bundestag traditionell auf Tour. Einzelnen und gemeinsam ist sie dann in jenen Wahlkreisen unterwegs, in der es noch keinen »festen« Bundestagsabgeordneten gibt: in Potsdam und in den Landkreisen Teltow-Fläming, Oder-Spree, Oberhavel, Uckermark, Elbe-Elster und dem östlichen Havelland.

Wir erfahren die Sorgen und Nöte der BürgerInnen und diskutieren Alternativen zur schwarz-gelben Politik. Wir sprechen mit BürgerInnen, LandrätInnen, BürgermeisterInnen, Vereinen und Verbänden. Die Themen reichen von Sozialpolitik, Agro-Genetik über Regionalentwicklung bis zur Energiepolitik. Mich interessiert natürlich ganz besonders die soziale Situation auf dem Land, in der Agrarwirtschaft und die Situation der Frauen. Dort spitzt sich die soziale Not oft weiter zu. Auch Beschäftigte in der märkischen Landwirtschaft beziehen Hartz IV, obwohl sie versicherungspflichtig angestellt sind. Ohne existenzsichernde bezahlte Arbeit aber wandern Menschen ab, gehen Fachkräfte, und nehmen die Probleme in der Region zu.

2010 ging die Landesgruppe unter dem Motto »Sechs für Brandenburg – Fraktion vor Ort« auf Tour. Ich besuchte in Doberlug-Kirchhain die Teichwirtschaft Keil, in Lieskau die Agrar-genossenschaft Dollenchen und den Kreisbauernverband Südbrandenburg. Mit meinem Kollegen Thomas Nord und dem Landtagsabgeordneten Axel Henschke sprach ich mit dem Bürgermeister von Lübbenau, Helmut Wenzel, darüber, wie sich die Kürzungen der Städtebauförderungen auf die Entwicklung Lübbenaus auswirken. 2011 sprach ich mit dem Hof Falkensee über dessen wirtschaftliche Situation als Selbstvermarkter und über die EHEC-Krise, besuchte gemeinsam mit meiner Kollegin

Michael Luthardt, MdL, Burkhard Demant, Johann v. Thünen Institut, Eberswalde/ Hochschule für Nachhaltige Entwicklung, Kirsten Tackmann und Mirko Neubauer, Johann v. Thünen Institut, Eberswalde (v.l.n.r.), © Christian Rehmer



Diana Golze das Jobcenter Havelland und informierte mich über die Situation nach den Kürzungen in der Arbeitsförderung und danach, wie die von Schwarz-Gelb beschlossenen Bildungsgutscheine überhaupt umsetzbar sind.

Wege übers Land – Sommertour

»Wege übers Land« nenne ich meine »eigene« alljährliche Sommertour. Der Titel ist einem bekannten DDR-Fernsehmehrteiler entlehnt, der die wechselvolle Geschichte der Magd Gertrud Habersaat von der Weimarer Republik über den Faschismus bis hin zur Bodenreform und LPG-Gründung in der späteren DDR erzählt. Meine »Wege übers Land« führen mich zu Betrieben, Institutionen, Vereinen und Bürgerinitiativen, mit denen ich über Sozial-, Frauen- und Familienpolitik, über Landwirtschaft, Agrar-Forschung, Agro-Gentechnik, Energiepolitik und regionale Entwicklungen rede. Ich versuche mir ein Bild vor Ort zu machen und Initiativen zu stärken, sei es für Erdverkabelung, für erneuerbare Energien, die umweltverträglich erzeugt werden oder seien es Initiativen, die gegen das Vergessen faschistischer Gewalt arbeiten.

2010 setzte ich mich zum Beispiel vor Ort mit der geplanten Polizei-Strukturreform auseinander, schaute mir potenzielle Flächen für Solaranlagen an und besuchte die Initiative für die Erhaltung der Gedenkstätte des ehemaligen Frauen- und Mädchen-Konzentrationslagers Ravensbrück. Ich unterstützte die Bürgerinitiative in Heinrichsdorf gegen die Erweiterung der Schweinemastanlage in unmittelbarer Ortsnähe. Ich bekenne mich als LINKE zur sozialen und ökologischen Bedeutung einer standort- und tiergerechten Nutztierhaltung, die jedoch Belastungen für die Gemeinde berücksichtigen muss. Besagte Anlage wäre viel zu nah an den Häusern und zu viel Fläche würde für Gülle gebraucht werden.

Wege übers Land,
© Christian Rehmer



Dauerthema auf meinen Sommertouren waren die Folgen des schwarz-gelben Sozialabbaus – 2011 noch stärker als im Vorjahr.

Arbeitsfördergesellschaften wie die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (GAB) oder die RABS GmbH Arbeitsförderung sind gefährdet, Existenzen und Förderung der Erwerbslosen massiv bedroht. Aber auch um die Stärkung der Potenziale ging es. So traf ich mich in Fehrbellin mit Jugendlichen von der Brandenburger Landjugend, die für »Brandenburg, das bist du uns wert« einen Film über die Landwirtschaft drehten.

Kirsten Tackmann und Torsten Krause, MdL mit Teilnehmern
des Bau- und Begegnungscamps, ehemaliges KZ Uckermark, 2010,
© Stefanie Rose



Meine »Wege übers Land« sind keine Einbahnstraßen. Im Gegenteil. Kontakte werden von beiden Seiten gehalten, Informationen ausgetauscht und über neueste Aktivitäten informiert, so dass die Wege übers Land zu einem Netz werden, das den Wahlkreis durchzieht.

Im Ökodorf Sieben Linden, 2010,
© Christian Rehmer



Was ist Dein Fazit aus den Sommertouren?

Auf meinen Wegen übers Land begegnet mir große Unzufriedenheit mit der aktuellen Bundespolitik, die als extrem ungerecht gesehen wird. Gleichzeitig nimmt die Entsolidarisierung z. B. mit Hartz IV-Betroffenen zu. Aber Arme dürfen nicht gegen noch Ärmere ausgespielt werden! Andererseits erlebe ich viel Anerkennung für meine politische Arbeit und viele Menschen, die sich für ihre Heimat engagieren. Die Potenziale der Region werden nicht ausgeschöpft.

AUSSICHTEN

Es ist ein Skandal, dass es in diesem reichen Land so viele Arme gibt, vor allem alleinerziehende Frauen und ältere Erwerbslose. Gerade im Osten, wo die Menschen keine Ersparnisse und kaum Eigenkapital haben, verursachen die Kürzungen im Gesundheitswesen, bei den Renten, bei den staatlichen bzw. kommunalen Einrichtungen Härten, die ich nicht gewillt bin zu akzeptieren. Es muss über einen neuen Gesellschaftsvertrag nachgedacht werden, in dem die BürgerInnen unseres Landes eine echte Solidargemeinschaft bilden, in denen sie ihr Leben selbst gestalten können, in dem Einmischen nicht nur erwünscht ist, sondern auch etwas bringt. Keine Politik für die Menschen, sondern mit Ihnen.

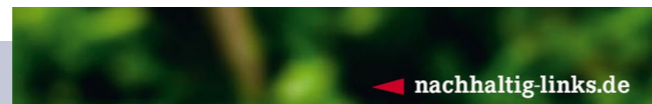
In der Agrarpolitik muss Soziales, Ökologie und Ökonomie zusammengedacht werden. Wenn es uns nicht gelingt, ländliche Regionen zu stärken und lebendige Dörfer zu erhalten, werden noch mehr Leute wegziehen. Oder sie müssen stundenlang in die größeren Städte zur Arbeit fahren. Die Entwicklung dahin ist in vollem Gange. Das kann ich nicht akzeptieren. Ich werde weiter dafür kämpfen, dass Menschen in ländlichen Regionen Arbeit haben, von der sie leben können und eine Dorf- und Infrastruktur, die ihr Leben lebenswert macht. Weiter werde ich dafür kämpfen, dass die Agrarwirtschaft so gefördert wird, dass

sie den sozialen und ökologischen Kriterien gerecht wird und zugleich ein ernstzunehmender Wirtschaftszweig bleibt. Wie die Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei weiter arbeiten werden, bleibt gerade in Ostdeutschland eine existenzielle Frage.

Die Agrarwissenschaften müssen endlich besser finanziert, organisiert und strategisch koordiniert werden, so dass sie den heutigen globalen Anforderungen entsprechen. Ich werde nicht müde, auf die Schwachstellen hinzuweisen und für eine vernetzte Zusammenarbeit in der Wissenschaft zu plädieren.

Andere Herausforderungen in der Agrarpolitik betreffen die Welternährung. Im Weltagrarbericht heißt es nicht umsonst: »Die Art und Weise, wie die Weltgemeinschaft in den nächsten Jahrzehnten ihre Ernährung und deren Produktion gestaltet, wird die ökologische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft unseres Planeten bestimmen.« Ich werde mich weiter für eine gerechte Verteilung von Ressourcen, gegen die Spekulation mit Boden und Nahrungsmitteln und gegen den Vormarsch der Agro-Gentechnik einsetzen.

Das Leitziel ist ein sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft. Bis dahin bleibt noch viel Arbeit. Packen wir es gemeinsam an.



OHNE SIE ...

wäre ich als Abgeordnete nicht so leistungsfähig

Ich könnte diese sehr umfangreiche Arbeit nicht leisten, wären da nicht meine MitarbeiterInnen. Ich möchte ihnen für die kontinuierliche und qualifizierte Arbeit, tägliche Kleinarbeit wie strategisches Mitdenken herzlich danken.

Die Herrinnen über die Termine

Die Büroleiterin **Stefanie Rose**, unter uns auch gern »Kleine Chefin« genannt, hat den Überblick, erinnert, arrangiert, telefoniert mit BürgerInnen, verwaltet die Post und tüftelt, wo in den 24 Stunden noch ein »Zeitfenster« zu finden ist. Sie managed den Stress, macht vieles eigentlich Unmögliche möglich und verliert nicht ihren Humor dabei.

Seit November 2011 ist sie Mutter eines Töchterchens. In ihrer Elternzeit wird sie von **Jutta Kühl** vertreten, die reibungslos die Büroleitung bis August 2012 übernimmt. Bereits in der letzten Wahlperiode arbeitete sie als Referentin für feministische Politik mit mir zusammen.

Die Strategen in wissenschaftlichem Gewande

Die fachlichen Zuarbeiten kommen von meinem wissenschaftlichen Mitarbeiter **Christian Rehmer**. Gemeinsam halten wir uns stets auf dem aktuellen Stand der vielen Fachdebatten. Wir erarbeiten uns die gemeinsamen Standpunkte oft in einem längeren Prozess. Nicht selten kann man uns in Pro und Kontra vertieft erleben. Oft sind die Dinge hoch komplex oder es sind Kompromisse bei Zielkonflikten zu suchen. Diese Herausforderung ist nur mit Christians Mitarbeit und der Unterstützung von **Andreas Bergmann**, Referent für Agrarpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zu bewältigen. Mit ihnen gemeinsam konnten die vielen parlamentarischen Initiativen, angefangen von den mündlichen und schriftlichen Fragen, über die Kleinen Anfragen bis hin zu Anträgen erarbeitet werden. Aber auch bei Reden, Publikationen und Fachveranstaltungen kann ich stets auf ihre Mitarbeit zählen.

Meine öffentliche Hand – ob mit Schreibstift, Laptop oder Kamera

Ich bin gewählte Volksvertreterin und werde von Steuergeldern bezahlt. Diesen Satz nehme ich nicht nur ernst, was die Qualität meiner Arbeit betrifft. Ich lege auch stets öffentlich Rechenschaft über die geleistete Arbeit ab. Auf meiner Webseite kann man sich informieren, was mich aktuell umtreibt, welche Themen wir bearbeiten, welche Positionen wir vertreten. In Presseerklärungen, Redeprotokollen, persönlichen Statements oder Artikeln kann alles nachgelesen werden. Und nicht nur eng auf mein Fachgebiet, die Agrarpolitik bezogen. Als Abgeordnete der LINKEN äußere ich mich ebenso zu den ungelösten sozialen

Berliner Büro (v.l.n.r. Christian Rehmer, Andreas Bergmann, Bianca Bodau, Jutta Kühl, Stefanie Rose, Tobias Bank, Kirsten Tackmann)



Fragen – gerade bezogen auf meine Heimatregion und meinem Heimatwahlkreis. Und dies tue ich regelmäßig. Sei es bei den Namentlichen Abstimmungen zur Gesundheitsreform oder den demütigend niedrigen Hartz IV-Regelsatzänderungen. Auch die monatlich richtig gerechnete Arbeitslosenstatistik kann auf meiner Homepage nachgelesen werden. Dass dies reibungslos passiert, wichtige Ereignisse dokumentiert und veröffentlicht, Kontakte geknüpft und gehalten werden, dafür ist meine Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit, **Bianca Bodau**, zuständig.

Der Herr über Besuchergruppen und Wettbewerbe

Ohne meinen studentischen Mitarbeiter **Tobias Bank** wäre es nicht möglich, so vielen Menschen, Einblick in meine Arbeit zu geben. Er bewältigt die zeitintensive und oft aufreibende Organisation, empfängt und führt die Besuchergruppen durch den Bundestag. Ich glaube mit Fug und Recht behaupten zu können, dass es in meinem Büro niemanden gibt, der sich so wie Tobias Bank in allen Winkeln des Bundestages auskennt und diese gern und kenntnisreich den Besuchern präsentiert. Auch der Wettbewerb »Zivilcourage« und unsere Unterstützung der »Havelländer Präventionstage« liegen in seiner Hand und würden ohne sein Engagement nicht so gut funktionieren.

Vor Ort gut beraten und vertreten

Auch die Unterstützung durch die MitarbeiterInnen im Wahlkreis ist sehr wichtig. In meinem Wahlkreisbüro in Kyritz sind das **Anette Bock** und **Hartmut Buschke**. Sie sind diejenigen, die oft am direktesten von den Nöten und Sorgen der BürgerInnen erfahren und helfen. Sie organisieren die regelmäßigen Sprechstunden in den sechs Abgeordneten-Büros meines Heimatwahlkreises. Sie bereiten Veranstaltungen im Wahlkreis vor, sei es die alljährliche Frauentagsmatinee, Buchlesungen oder die Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Bodenreform oder Genossenschaftsbildung, unsere Teilnahme an der Aktion »Kaffeepause – FairTrade«, an der »Terre des Femmes«-Fahnenaktionen zum Tag gegen Gewalt an Frauen usw. Meine alljährliche

Mitarbeiter im Wahlkreises (v.l.n.r. Jürgen Hennig, Anette Bock, Joachim Behringer, Hartmut Buschke)



Sommertour »Wege übers Land« wäre ohne meine Mitarbeiterin Anette Bock nicht möglich. In Neuruppin unterstützt mich **Joachim Behringer** und in der Prignitz **Jürgen Hennig** und **Sigrid Hermann**.

Sie alle, ob voll- oder teilzeitbeschäftigt, ob in Berlin oder im Wahlkreis, sind Teil des Kollektivs »Tackmann« und sind über die Unterstützung der Mandatsarbeit hinaus ehrenamtlich engagiert, oft auch in diversen Funktionen für DIE LINKE. Unter konsequenter Beachtung des Trennungsgebots zwischen der hauptamtlichen Arbeit für die Abgeordnete und die ehrenamtliche Parteiarbeit sichert dieses Engagement eine enge inhaltliche Verbindung zu Diskussionen in der LINKEN im Parlament und außerhalb.

Ihnen allen danke ich und freue mich auf den zweiten arbeitsreichen und intensiven Teil der Wahlperiode!

DIE GLÄSERNE ABGEORDNETE

Abgeordnetenbezüge

Für meine Tätigkeit als Abgeordnete erhalte ich monatlich 7.960 Euro Diät. Die Bezüge unterliegen vollständig der Besteuerung und der Krankenversicherungspflicht. Ich habe keinerlei weitere Einkünfte aus anderen Tätigkeiten.

Abgeordnete erhalten darüber hinaus eine monatliche Aufwandspauschale zur Abdeckung ihrer Kosten zur Ausübung ihres Mandates. Diese Pauschale beträgt aktuell monatlich 4.029 Euro und wird jährlich automatisch in Anlehnung an den Preisindex erhöht. Da es sich auch hierbei um Steuergelder handelt möchte ich die Verwendung ebenfalls offenlegen.

Das ist nicht allgemein üblich, weil die Abrechnung dieser Pauschale nicht abgefordert wird (im Unterschied zu Werbungskosten, Betriebsausgaben etc.). Diese Pauschale verwende ich monatlich für folgende Ausgaben:

- Raum- und Mietkosten (mehrere Wahlkreisbüros)
- Bürokosten (Telefon, Porto, Ausstattung usw.)
- politische Tätigkeit (Kampagnen, Aktionen, Wettbewerbe, Veranstaltungen)
- Fahrt- und Reisekosten, einschließlich die der MitarbeiterInnen

- Weiterbildung; Fortbildung MitarbeiterInnen/ Lektüre
- und sonstigen Beträge

Nebentätigkeiten

Mitgliedschaften und Fördermitgliedschaften:

- DIE LINKE.
- BRH-Rettungshundestaffel Wittstock
- Bürgerinitiative FREIeHEIDE e.V.
- Tierärztekammer Brandenburg
- Gesellschaft für Jagd- und Wildtierforschung
- Deutsche Parasitologische Gesellschaft
- Gewerkschaft Ver.di
- Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)

Ehrenamtliche Tätigkeiten:

- Stellv. Landesvorsitzende DIE LINKE. Brandenburg
- Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE.OPR
- Mitglied des Kuratoriums der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS Brandenburg)

Diätenweitergaben und Spenden

Weitergabe der Diätenerhöhung 2009

- 200 Euro an die Kindertafel Neuruppin
- 200 Euro an den Tierschutzverein Ostprignitz-Ruppin,
- 400 Euro für Mahnsäule Nordhorn
- 400 Euro Spende für Haiti (über die Jugendinitiative Perleberg)
- 400 Euro Buchprojekt Schule in der Bibliothek Wusterhausen

Weitergabe der Diätenerhöhung 2010

- 400 Euro für die Ausrichtung des Barenthiner Karnevals
- 400 Euro für Noteindeckung Hoffmanns Hotel
- 400 Euro für das Ausstellungsprojekt »Gesellschaft und Demokratie – Pritzwalk 1990–2010« des Historikers Sebastian Stude
- 200 Euro für die AWO Weihnachtsfeier
- 400 Euro an den Verein »Frauen für Frauen Neuruppin« für einen Gruppenausflug
- 200 Euro zur Unterstützung des Kultur- und Heimatfreundevereins Wahrberge e.V.
- 200 Euro an die Kita Zaatzke zur Anschaffung eines großen Spiegels

- 200 Euro an die Berlin-Brandenburger-Landjugend zur Ausgestaltung der Feier zum 20. Jahrestag
- 200 Euro an den Heimatverein Dannenwalde für einen Dorfspielplatz
- 200 Euro an ein Tanzprojekt des Evamigra e.V. für eine Besuchsreise zu einem Partnerprojekt
- 400 Euro an die Rettungshundestaffel Wittstock für die Anschaffung eines Elektroherdes
- 400 EUR an Frauen für Frauen e.V. Neuruppin
- 400 EUR an das Buchprojekt der Astrid-Lindgren-Schule & Bibliothek Wusterhausen
- 400 EUR an Jugendinitiative Perleberg für »Hilfe für Haiti«
- 200 EUR für die Jugendarbeit der Landesjugendfeuerwehr

Spendenübergabe an die Feuerwehr Elstal, Februar 2010



- und 200 EUR an die Feuerwehr Elstal
- 400 EUR an den Sportverein Union Neuruppin zur Anschaffung von Kleinfeldtoren
- 200 EUR an das Medienzentrum Neuruppin für eine Kinder- und Jugendbuchmesse
- 400 EUR für den Transport und die Aufstellung einer Mahnsäule gegen den Truppenübungsplatz Nordhorn Range
- 200 EUR an das »Haus der Begegnung« in Karwe (Demokratischer Frauenverein)
- 200 EUR an den Kegelerverein schwarz-weiß Kyritz zur Ausrichtung eines Kegeltourniers
- 200 Euro an Feuerwehr Christdorf für die Ausgestaltung der Feier zum 100-jährigen Jubiläum
- 100 EUR für den Transport und die Aufstellung einer Mahnsäule gegen den Truppenübungsplatz Nordhorn Range
- 100 EUR an den LINKEN Kreisverband PR für eine Veranstaltung »20 Jahre LINKE Politik« morgen/übermorgen

Spenden und Mitgliedsbeiträge 2010

- 100 Euro an den Runder Tisch Wittstock
- 30 Euro an den Sportverein Rägelin
- 100 Euro an die Kant Gesamtschule Falkensee
- 100 Euro für eine Mahnwache Castortransport 12/2010
- 500 Euro an den Verein Zivilcourage vereint
- 20 Euro für die Aktion »Für eine Zukunft ohne Atomwaffen«

- 50 Euro an Horizont e.V. »Weg der Vernunft«
- 100 Euro an die Linksjugend Solid
- 250 Euro an den Tierpark Perleberg
- 150 Euro an den Tierpark Kunsterspring
- 200 Euro an die Feuerwehr Elstal
- 310 Euro an die Volkssolidarität
- 120 Euro an die Rettungshundestaffel
- 100 Euro an die Freie Heide
- 50 Euro an das Gymnasium in Kyritz
- 300 Euro an den SV Schönberg

Beteiligung Tackmanns mit 400 Euro ihrer Diätenweitergabe am Pritzwalker Ausstellungsprojekt in »Gesellschaft und Demokratie – 1990 bis 2010« des Historiker Sebastian Stute, Dezember 2010, © Hartmut Buschke



- 600 Euro an die Evangelische Kirche Brandenburg
- 1.200 Euro an den Landesverband DIE LINKE
- 11.280 Euro an den Bundesverband DIE LINKE
- 2.100 Euro an den Kreisverband DIE LINKE Ostprignitz-Ruppin

Weitergabe der Diätenerhöhung 2011

- 200 Euro für die Berlin-Brandenburger-Landjugend zum Besuch der der Internationalen Grünen Woche
- 200 Euro an FREIRAUM Neuruppin e.V. (Hilfe bei Wohnraumbeschaffung)
- 400 Euro an die »Initiative zur Förderung rechenschwacher Kinder in Berlin-Brandenburg e.V.« in Neuruppin
- 200 Euro an die Seniorenfeuerwehr Verbandsgebiet Wittstock (100 Jahre Feuerwehr Königsberg)
- 400 Euro an die Kita Dossespatzen Großderschau für einen neuen Spielplatz
- 200 Euro an den Förderverein Oberschule Wittenberge für die Fahrt zur Gedenkstätte Sachsenhausen
- 400 Euro an das Theaterprojekt Wittenberge
- 400 Euro an das Neuruppiner Jugendfreizeitzentrum »Mittendrin« für die Finanzierung des Ravensbrück-Camp
- 400 Euro an das Jugendprojekt Veranstaltungshaus Spartacus Potsdam
- 400 Euro an den Kanuverein zur Finanzierung der Teilnahme an den Drachenbooteuropameisterschaften

- 400 Euro an den Verein »Mittendrin« für eine Bildungsreise nach Spanien
- 400 Euro an die Brandenburger Sportjugend
- 200 Euro an »Frauen für Frauen e.V. Neuruppin« für eine Dampferfahrt

Spenden und Mitgliedsbeiträge 2011

- 100 Euro an den Tierpark Perleberg
- 300 Euro an die Landesjugendfeuerwehr
- 100 Euro Japanhilfe
- 250 Euro an die Volkssolidarität
- 60 Euro an die Volkssolidarität

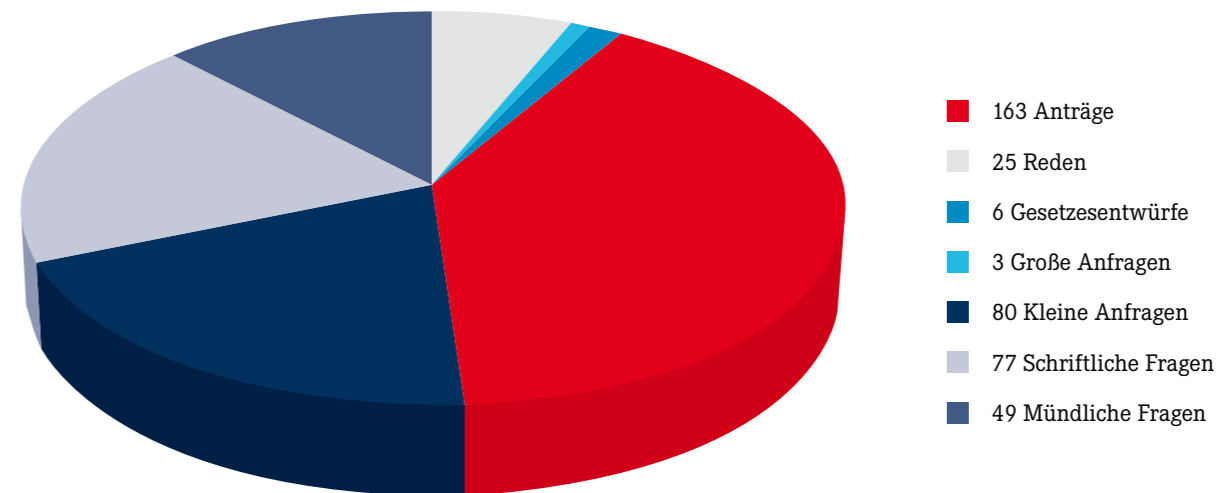
Spendenübergabe des Vereins der Bundestagsfraktion DIE LINKE an das Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« für »Demokratie im Quadrat«, März 2010, © Linksfraktion



- 150 Euro an den Tierpark Kunsterspring
- 240 Euro für die Rettungshundestaffel
- 25 Euro für »24 Stunden Schwimmen für einen guten Zweck«. Der Erlös kommt den Kindergärten in Grafenwöhr und dem Verein KARO Bayern e.V. zugute.
- 100 Euro an die Freie Heide
- 300 Euro an den SV Schönberg
- 300 Euro an die Evangelische Kirche Brandenburg – Friedenspfarrstelle FREIE HEIDE
- 1.200 Euro an den Landesverband DIE LINKE
- 11.280 Euro an den Bundesverband DIE LINKE
- 2.100 Euro an den Kreisverband DIE LINKE Ostprignitz-Ruppin
- 50 Euro an die Friedens-und Zukunftswerkstatt e.V.
- 85 Euro an den Verein Zivilcourage vereint
- 50 Euro an die Rosa-Luxemburg-Stiftung
- 50 Euro zur Getränkeversorgung der Blockadeteilnehmer/innen gegen den Nazi-Aufmarsch in Neuruppin am 9. Juli 2011
- 100 Euro an den BUND zur Demo »Wir haben es satt«
- 50 Euro an die Organisation Internationale Ärzte für Verhütung Atomkrieg IPPNW

PARLAMENARISCHE INITIATIVEN 17. WAHLPERIODE

Stand Januar 2012



ADRESSEN

Ihre AnsprechpartnerInnen in meinem Berliner Büro sind:

Büroleiterin: Stefanie Rose/Jutta Kühl (Elternzeitvertretung)

wissenschaftlicher Mitarbeiter: Christian Rehmer

Öffentlichkeitsarbeit: Bianca Bodau

studentischer Mitarbeiter: Tobias Bank

Sie erreichen uns über:

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 74308 | Fax: 030 / 227 76308

E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Ihre AnsprechpartnerInnen im Wahlkreis sind:

In Kyritz: Hartmut Buschke, Anette Bock

In Neuruppin: Achim Behringer

In Perleberg: Jürgen Hennig, Sigrid Hermann

Sie erreichen das Wahlkreisbüro über :

Wilsnacker Str. 1 | 16866 Kyritz

Telefon: 033971 / 32857 | Fax: 033971 / 32893

E-Mail: kontakt@kirsten-tackmann.de

Homepage: www.kirsten-tackmann.de

IMPRESSUM

V.i.S.d.P: Dr. Kirsten Tackmann – Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilsnacker Str. 1 | Wahlkreisbüro 16866 Kyritz

Telefon: 033971 / 32857 | Fax: 033971 / 32893 | E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Redaktion: Dr. Kirsten Tackmann, Bianca Bodau, Christian Rehmer, Stefanie Rose

Bilder: Frank Schwarz, Christian Rehmer, Bianca Bodau, Hartmut Buschke, Tobias Bank, Uwe Tackmann,

Tom Kirschey, Heyko Stöber, Lichtblick/ Achim Melde, DBTNowak-Katz, Sabine Ott, Reiner Strutz/ Trialon, Stefanie Rose

Layout und Satz: werk21 GmbH, www.werk21.de | Druck: LASERLINE Digitales Druckzentrum Bucec & Co. Berlin KG

PREISRÄTSEL

Aus den richtigen Antworten wird der Gewinner ermittelt. Der Gewinn ist eine Besucherreise für zwei Personen in den Bundestag. Außerdem behält sich das Kollektiv Tackmann vor, die originellste Antwort zu prämiieren – ebenfalls mit einer Besucherreise für zwei Personen in den Bundestag.

ABSENDER:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Personenbezogene Daten werden nur im Zusammenhang mit dem Preisrätsel erhoben, nicht an Dritte weitergegeben und nach Beendigung des Rätsels gelöscht. Die Gewinner erklären sich mit der Nennung ihres Namens und Wohnortes auf der Homepage von Dr. Kirsten Tackmann einverstanden.

Einsendeschluss: 31. Mai 2012

Preisfrage:

»Was denken Sie, wofür steht die 17 auf der Titelseite dieser Broschüre?«

Antwort:

Dr. Kirsten Tackmann

Platz der Republik 1

11011 Berlin



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G